

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich, 1,10 Mark pro Monat, 1,10 Mark pro Vierteljahr, 2,20 Mark pro Halbjahr, 4,40 Mark pro Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, 3,30 Mark pro Vierteljahr, 6,60 Mark pro Halbjahr, 13,20 Mark pro Jahr. Unter Preisabzug für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf., für halbjährliche und gemeinnützige Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Pretrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine Revue der Schmach.

(Fortsetzung.)

„Dieser Entfremdung (der Lehrer von den praktischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen) entsprechend sind auch die Anschauungen, die der Lehrer in der Schule vertritt, so daß viele Kinder den Begriff verlieren, wofür der liebe Gott sie auf das Land geschickt hat, daß sie dort ihr Unterkommen finden sollen. . . . Früher nahmen die Geistlichen und Lehrer keinen Anstand, Viehzucht zu treiben, mit dem größten Interesse an den Dingen sich zu beteiligen und dahin zu wirken, daß die Kinder in dem Glauben groß werden, daß es nötig ist, auf dem Lande zu arbeiten, daß es eine hochwichtige Tätigkeit ist, noch Vieh vermehrt zu werden, die Kühe zu melken, daß es ehrenwerter ist, dem Berufe treu zu bleiben, in dem die Eltern gestanden, als in der Stadt in die Fabrik zu gehen. Das wird aber den Kindern von den heutigen Lehrern, die selbst eine ganz andere Anschauung haben, nicht mehr beigebracht.“

Frhr. von Hammerstein.

„Begabte Primaner, vernünftige Studenten, Techniker, Schreiber und sonstige junge Männer zweifelhaften Vorlebens drängen sich in die Lehrerkarriere. Eine Gemeinde, zu der solch ein Mensch kommt, ist eine unglückliche Gemeinde, denn der Lehrer versteht nicht, mit den Bewohnern der Gemeinde umzugehen; er versteht nicht, mit ihnen zu verkehren, er glaubt etwas Besseres zu sein. Er verkehrt nicht mit den Bauern, sondern geht in die Kneipe und nimmt dort eine völlig isolierte Stellung ein. Wenn nun solch ein Mann einmal eine Kranke Kuh hat oder ein krankes Schwein und dabei steht, das Vincenz auf der Nase und mit langen Handmanschetten, da weiß er gar nicht, wie er das kranke Vieh anfassen soll, er weiß sich gar nicht zu benehmen und ist ein unglücklicher Mensch.“

Landrat Dr. Gerlich, 1892.

„Das Ziel der Lehrerbildung geht nicht sehr wesentlich über das Maß des Wissens hinaus, das in einer guten mehrtägigen Volksschule schon erworben werden kann.“

Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Schneider, 1892.

„Wir leiden an dem Uebelstande, daß wir den alten, guten, einfachen Lehrer — wenigstens auf dem Lande — meist verloren haben. Der Mann, der zufrieden war mit seiner äußerlich beschcheidenen Existenz, der keine größere und schönere Aufgabe kannte, als Kinder zu unterrichten, und das als seine Lebensaufgabe betrachtete, der ist fort. An Stelle dessen ist vielfach eine recht hochmütiger, nicht besser gebildeter, aber größere Ansprüche machender Lehrer getreten, dem eigentlich der Unterricht in der Schule eine sehr unangenehme Nebenbeschäftigung ist, der lieber eine hohe Stellung im Staatsleben einnehmen und — wenn er könnte — den Staat regieren möchte.“

Frhr. von Schorlemer-Asst, 1888.

„Vor ich Ihnen meine endgültige Zustimmung zu Ihrer Berufung in die hiesige Schulstelle erteile, bitte ich Sie, mir auf folgende Punkte eine bestimmte bindende Antwort zu geben: 1. Wie ist Ihr politischer Standpunkt? 2. Gehören Sie der christlich-konservativen Partei aus vollem Herzen an? 3. Verzielen Sie auf bauliche Veränderungen des hiesigen Schulhauses? Das heißt, sind Sie geneigt, die von Herrn R. R. innegehabte Wohnung so zu beziehen, wie sie derselbe verlassen hat?“

Brief eines pommerischen Junkers vom 5. Febr. 1906 an einen Lehrer.

„Wenn sich ein Lehrer und ein Vorwerksvorsteher streiten, dann gebe ich dem Vorwerksvorsteher recht, denn er ist mir zehnmal lieber als der Lehrer.“

„Vor den Schulräumen haben die Pferde den Vorrang.“
 Landstallmeister Frhr. v. Dettingen.

„Man suche den jungen Leuten auf den Seminaren begreiflich zu machen, wach' unermessliches Feld des Wissens noch bleibt, das ihr Fuß niemals betreten kann. Um ihnen für ihre Verschwendung etwas zu Hilfe zu kommen, so menagiere man ihre Prüfungszeugnisse. Kein Seminarist erhalte hierfür mehr Nr. 1, damit er immer daran erinnert werde, daß dieselbe die akademische Bildung bedeutet, die für einen Schüler des Seminars unerschöpflich bleibt. Man lasse die Seminaristen nicht vereinzelt in der Stadt wohnen, sondern bringe sie in ein Erziehungsheim zusammen und halte sie dort bei strenger Zucht und sparsamer Kost in guter Ordnung. Viele der unseren verlangen für die Seminaristen eine eigene Kurrenische Kleidung. Man lasse auch die jungen Leute im Freien grobe Arbeit verrichten, wosöglich an solchen Orten, wo der Spaziergang die schöne Welt vorbeiführt. (!!!) Bei dieser ehrenvollen Arbeit (!) lehre man sie wieder auf die rechte Weise das Bienen, (!!) Schön wäre es auch, wenn die Seminaristen von einem geeigneten Offizier wöchentlich einige Stunden recht tüchtig durchgezogen und im militärischen Gehorsam geübt würden. Der Lehrer dringe selbst in den Geist des preussischen Exerzitiums ein, welches nichts anderes ist, als eine angewandte, in Fleisch und Blut verwandelte Mathematik. — Linale verschlucken und gut verdauen.“

Herr von Thadden-Kriglaff.

Wer viel zahlt, soll auch viel reden dürfen.

Zu den „Grundsätzen“, auf denen die Dreiklassen-Schmach beruht, gehört auch der oben zitierte. An sich gibt es keinen roheren, brutaleren Maßstab für die Verteilung von Staatsbürgerrechten, als die Größe des Geldsacks es ist. Die hohen Einkommen sind kein Beweis von persönlicher Fähigkeit und Tüchtigkeit. Die Arbeit des Technikers, des kaufmännischen Angestellten, des qualifizierten Arbeiters ist für die Gesellschaft doch von ungleich höherem Wert, als die „Tätigkeit“ eines schwerreichen Faulenzers, der sich höchstens den Kopf darüber zerbricht, wie er den Tag totschlagen soll. Dieser Parasit am Gesellschaftskörper hat aber ein ungleich höheres Wahlrecht, als der Arbeiter, dessen Tätigkeit für die Gesellschaft einfach unentbehrlich ist. Oder nehmen wir den Großaktionär. Er verdankt sein höheres Wahlrecht lediglich dem Umstande, daß eine Menge anderer Leute sich für ihn schinden und plagen. Sein hohes Einkommen ist sonach nicht sein eigenes persönliches Verdienst, sondern das Verdienst anderer, eben der Schichten, die in Preußen entrechtet sind. Man mag die Sache ansehen wie man will, es ist eine Prutalität, ein Wahlrecht nach dem Umfang des Geldsacks abzustufen. Die hohen Steuersummen reicher Leute müssen erst von den Massen verdient werden. Eine logische und konsequente Durchführung des Satzes: „Wer viel bezahlt, soll auch viel reden dürfen“, müßte darin gipfeln, daß die Gesamtsumme der direkten Steuern für ganz Preußen, nicht aber für die einzelnen Wahlbezirke gebittelt würde. Auf diese Weise käme ein großer Teil der Agrarier statt in die erste oder zweite in die dritte Wählerklasse. Das müßte sofort einen Umsturz in der Zusammensetzung des Landtages herbeiführen.

Der an die Spitze dieses Artikels gestellte Grundsatz wird auch dadurch verlegt, daß ein Staatsbürger, der zum Beispiel 5000 M. Steuer bezahlt, etwa in die zweite Klasse kommt, während ein anderer Steuerzahler in einem anderen Wahlbezirke mit einem Steuerfusse von 32 Mark Wähler der ersten Klasse sein kann. Diese paar Beispiele zeigen schon die ganze Un Sinnigkeit des erwähnten Geldsacksstandpunktes. Aber noch weiter. Die Städte zahlen ungleich mehr Steuern, als das platte Land. Nach der amtlichen Einkommensteuerstatistik gab es in Preußen im Jahre 1907 5 880 000 Steuerzahler, davon wohnten in den Städten 3 470 000, auf dem Lande 1 910 000. Diese Jensten waren veranlagt mit einem Steuerfusse von 225 660 000 M.; von dieser Summe entfielen auf die Städte 170 890 000 M., auf das platte Land nur 54 770 000 M. Das veranlagte Einkommen in den Städten bezifferte sich auf 8 358 060 000 M., auf dem Lande dagegen nur auf 3 389 740 000 M. Um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß die Steuerleistung des platten Landes auf das Konto der Agrarier zu setzen ist, sei darauf hingewiesen, daß heute eine große Menge industrieller Betriebe sich auf dem platten Lande befindet, so insbesondere Porzellan- und Zuckerfabriken, die teilweise recht erhebliche Steuern entrichten. Leider gibt die Statistik darüber keine Auskunft, sonst würde sich ohne weiteres ergeben, daß die Steuerleistung der Landwirtschaft aus dem Einkommen nur eine ganz minimale ist. Jensten mit über 3000 Mark Einkommen gab es in den Städten 432 963, auf dem Lande nur 126 528.

Das ergibt, daß die Städte ungleich mehr bezahlen als das platte Land. Trotzdem ist es durch die Wahlkreiseinteilung ermöglicht, daß das platte Land den weitaus größeren Einfluß auf die Gesetzgebung in Preußen auszuüben vermag!

Die direkten Steuern sind aber nicht die Haupteinnahmequelle Preußens; der für 1908 etatisierte Beitrag der direkten Steuern beziffert sich auf 290 290 700 M. Der preussische Anteil an den Zöllen und indirekten Steuern ist mit 115 501 000 Mark eingestuft. Diese indirekten Steuern werden in der Hauptsache von den Massen getragen, belassen diese jedenfalls am schwersten. Die Eisenbahnen bringen einen Ueberschuß von 599 087 878 M. Dieser Reingewinn rührt zum Teil aus dem Personenverkehr her. Hier liefert aber wiederum die dritte und vierte Wagenklasse den Löwenanteil. In diesen beiden Wagenklassen fahren aber bekanntlich nicht Kommerzienräte, Börsenmenschen, Großaktionäre und andere Kapitalmagnaten, sondern die breite Masse des Volkes. Die Ueberschüsse aus den beiden unteren Wagenklassen müssen sogar dazu dienen, das Defizit der völlig unrentablen ersten Wagenklasse zu decken. Die Besitzenden fahren also in der mit allem Komfort ausgestatteten ersten Wagenklasse teilweise auf Kosten der Massen, die man in den unteren Wagenklassen zusammensperret. Auch diese Einnahme des Staates wird also zum erheblichen Teile von den entrechtigten Massen

geliefert! Aus den Bergwerken, Güten und Salinen zieht Preußen einen Gewinn von 17 987 540 M. Dieser Gewinn entstammt nicht der Arbeit erffähiger Geheimräte und Direktoren, sondern der Arbeit der staatlichen Vergleute.

Die Massen sind sonach dem Staat auf allen Gebieten tributpflichtig, was sie dem Staat indirekt leisten, ist erheblich höher als ihre direkte Steuer. Diese Leistungen werden aber bei der Abstufung des Wahlrechts nicht angerechnet! Es besteht also die Tatsache, daß die arbeitende Klasse in Preußen sehr viel zu zahlen, aber so gut wie gar nichts zu sagen hat, während eine relativ kleine Klasse, deren Angehörige entweder ihr Einkommen aus der Staatskasse, also aus den Taschen der Steuerzahler beziehen, oder die das Einkommen versteuern, das die arbeitenden Klassen ihnen geschaffen haben, alles zu sagen hat!

Sonach ist sonnenklar, daß das Prinzip des Klassenwahlrechtes: Wer viel zahlt, soll viel reden dürfen, eine große Lüge ist, denn wie wir nachgewiesen haben, ist es in der Tat so, daß die Massen, die mit ihres Geistes Kraft und ihrer Hände Arbeit das meiste für den Staat leisten, überhaupt nichts zu sagen haben. Mit vollem Recht bleiben wir demnach bei der Behauptung stehen: In Preußen regiert nicht Vernunft und Gerechtigkeit, sondern lediglich der Geldsack. Dieses Geldsacksprivileg beseitigen zu helfen, ist die Pflicht der Wähler am 3. Juni!

Wo bleibt die Volksbewegung?

Anfang August h. J. machte die „Frankfurter Ztg.“ bekanntlich eines der angesehensten Organe des Liberalismus, die Entdeckung, daß das Preußenwahlrecht vom Volke erobert werden müsse. Sie schrieb:

„Das ist in der Tat der entscheidende Punkt: die Bewegung von unten her. Eine starke Volksbewegung ist das sicherste Mittel, um dem Volke endlich zu seinem Rechte zu verhelfen und zu verhindern, daß es mit Halbfreien abgesehen wird. Diese Volksbewegung wird auch die konservativen Widerstände hinwegräumen. Mit dem schweigenden Abwarten ist es nicht getan. . . . Bei den Landtagswahlen im nächsten Jahre wird um diese Frage der Hauptkampf geführt werden. . . . Ein Herumdrehen darum, wie es früher beliebt wurde, ist jetzt nicht mehr möglich.“

Also eine starke Volksbewegung ist das sicherste Mittel. Nun wohl, wo bleibt sie? Die Zeit ist da, fast ein ganzes Jahr ist dem Liberalismus Zeit gelassen worden, um die Volksbewegung zu entfesseln. Aber er hat's nicht getan. Statt dessen hat er der sozialdemokratischen Volksbewegung nach Kräften Steine in den Weg zu legen gesucht.

Weshalb dem Versprechen nicht die Erfüllung folgte, lehrt eine Auslassung der ebenfalls freisinnigen „Weser-Ztg.“ aus denselben Augusttagen des vorigen Jahres. Dieses Blatt stimmte damals denen bei, die für Preußen das Reichstagswahlrecht forderten, denn für Preußen bedeute dessen Einführung keineswegs die Gefahr einer Ueberflutung des Landtages durch die Sozialdemokratie. Es bekämpfte aber das Reichstagswahlrecht für die Kleinen hanseatischen Stadtstaaten, „weil diese der Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit in der Volksvertretung in der Tat ausgesetzt sind“.

Aber auch die Freundschaft der „Weser-Ztg.“ für das Reichstagswahlrecht in Preußen war nur sehr platonisch. Wohl wollte sie, daß hier der Freisinn das Reichstagswahlrecht „fordere“. Aber:

„In geistig hochstehenden (!) freisinnigen Kreisen macht man kein Geht daraus, daß man auf manches verzichten muß, was einem am Herzen liegt. . . . Wie gesagt, es ist selbstverständlich, daß die Freisinnigen das allgemeine Stimmrecht für Preußen fordern müssen. Aber die Ansicht, es zu bekommen, ist sehr gering. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Regierung, das Herrenhaus oder auch nur das Abgeordnetenhaus darauf eingeht. Was wird Herr Raumann (der damals eben seine berühmte „Panfare“ geblasen hatte, Red. d. „W.“) dann sagen? Wird er dann den Mut haben, zu erklären: wenn wir nicht das allgemeine Stimmrecht für Preußen erhalten, dann wollen wir gar nichts, dann bringen wir die Wlodpolitik zum Scheitern!“

Also mit anderen Worten: der Freisinn hat damals eingesehen, daß nur eine starke Volksbewegung das Preußenwahlrecht schaffen könne. Aber die „geistig hochstehenden“ Elemente des Freisinns sahen ein, daß die Masse des Volks zur Sozialdemokratie gehört, so daß das Wahlrecht eine „Ueberflutung“ des Landtags mit Sozialdemokraten bringen würde. Deshalb erklärten sie durch den Mund der „Weser-Ztg.“: wir fordern zwar das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, aber hoffentlich kriegen wir's nicht!

Und weil der Freisinn, wie sich von selbst versteht, aus lauter „geistig hochstehenden“ Elementen zusammengesetzt ist, so unterblieb die freisinnige „Volksbewegung“! Dafür handelt man mit den Konservativen!

Guts- und Amtsvorsteher als Urkundenfälscher und Betrüger.

Es ist bekannt, daß die Agrarier am allerwenigsten geneigt sind, irgend welche Lasten zu tragen. Als Inhaber von Gutsbezirken zum Beispiel verfechten sie die Armen- und Schulkosten mit einer erstaunlichen Wirksamkeit von sich abzuwälzen. Die Herren Junker sind nur ans Nehmen, aber nicht ans Geben gewöhnt. Selbst die sozialpolitischen „Lasten“ suchen sie sich vom Hals zu halten und sie schreden dabei vor keinem Mittel zurück, wie eine Bekanntmachung des Fischhäufener Landrats beweist.

In Nr. 29 des „Fischhäufener Kreisblattes“ finden wir folgendes Dokument:

Nr. 291. Bekanntmachung.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen hat bei dem Herrn Regierungspräsidenten zur Sprache gebracht, daß eine Anzahl der nach Ziffer 1 der Ministerial-Anweisung vom 17. November 1899 mit dem Umtausch und der Erneuerung von Quittungsarten betrauten Amts- und Gutsvorsteher in ihren Obliegenheiten sich erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Versicherungsanstalt bis her nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Quittungsarten der eigenen Leute der betreffenden Guts- und Amtsvorsteher, so daß die Vermutung nahe lag, es sei die Verwendung der jährlichen Beitragsmarken für die fraglichen Personen überhaupt unterblieben, und lediglich die Ausfertigung der Aufrechnungsbescheinigungen erfolgt, um sowohl der Versicherungsanstalt, wie auch den Versicherten gegenüber den Nachweis über Entrichtung der Beitragsmarken führen zu können. Durch ein solches Vorgehen gehen der Landesversicherungsanstalt jährliche Beiträge verloren, außerdem liegt aber, wenn diese Handlungen in rechtswidriger Absicht begangen werden, eine zweifelhaft Urkundenfälschung und Betrug im Sinne des Strafgesetzes vor. Dieser Traugeweise einer solchen Handlungsweise sind sich die Inhaber von Aufrechnungsstellen jedenfalls nicht genügend bewußt. Unter Hinweis auf Ziffer XVI der oben angeführten Ministerialanweisung, die in der Sonderbeilage zu Stück 51 des Amtsblattes für 1899 abgedruckt ist, mache ich sämtlichen Aufrechnungsstellen des diesseitigen Kreises die sorgfältigste Aufbewahrung und pünktliche Einsendung der ungetauschten Quittungsarten zur Pflicht.

Fischhäufen, den 23. März 1908.

Der Landrat.

Das gegen Recht und Gesetz verstößende Treiben ostpreussischer Amts- und Gutsvorsteher muß einen großen, die Landesversicherungsanstalt schwer schädigenden Umfang angenommen haben, sonst hätte sich der Landrat schwerlich zu dieser Bekanntmachung verstanden.

Deutlich sieht man, wie es die Herren Agrarier treiben, wie sie selbst vor Urkundenfälschung, auf welche Zuchthaus steht, nicht zurückschrecken, um ihren Geldbeutel zu schonen. Und das sind die festesten Stützen von Thron und Altar!

In Preußen sind vor dem Gesetz alle gleich, sagt die Verfassung. Die ostpreussischen Urkundenfälscher und Betrüger kommen jedoch nicht ins Zuchthaus; man klagt sie nicht einmal an. Kein anderer als der Landrat selbst hätte die Strafverfolgung gegen die Gesetzesverletzer beantragen müssen. Er hat es nicht getan und wird's auch nicht tun. Er ist der merkwürdigen Ansicht, daß die Herren Amts- und Gutsvorsteher sich „der Tragweite einer solchen Handlungsweise jedenfalls nicht genügend bewußt gewesen seien“. Und wo ist der Staatsanwalt, der gegen die allmächtigen Amts- und Gutsvorsteher vorgeht?

Aus dem Wahlkampf.

Dirne Freisinn.

Genau wie in Niederbarnim wäre es beinahe in — Breslau gekommen. Wenn es nicht geschah, tragen daran nicht die Freisinnigen die Schuld. Der soeben erscheinende gemeinsame Wahlauftrag der Konservativen, Konserverativen und Zentrümmer in Breslau, der die Wiederwahl der reaktionären Stroher, Wagner und Fische empfiehlt, enthält darüber eine niedliche Enthüllung, die den freisinnigen Blodbrüdern im Lande sehr peinlich sein muß. Die Enthüllung ist folgender Art: Der Aufruf bestätigt, daß die Breslauer Freisinnigen den konservativen Wahlrechtsfeinden ein Bündnis angetragen und sich bereit erklärt haben, einen konservativen neben zwei liberalen (also nicht mal freisinnigen) Abgeordneten zu wählen! Dieser schamhäßliche Kuhhandel kam — zum Leidwesen der Breslauer Magdanesen — nur deshalb nicht zustande, weil die Konservativen in deutscher Verböhnung der Freisinnigen auch für das (sehr wenig in Frage kommende) Zentrum einen Kandidaten forderten und diese Forderung von den Freisinnigen merkwürdigerweise abgelehnt wurde.

Als die Breslauer Freisinnigen das Angebot unserer dortigen Genossen, zwei Freisinnige und einen Sozialdemokraten zu wählen, brüllte ablehnten, taten sie es also, weil sie noch hofften, mit den Wahlrechtsfeinden gemeinsame Sache machen zu können. Jetzt lassen sie ihre Wahlmänner einen Revers unterschreiben, worin diese sich verpflichten, ihr Amt als Wahlmann „im Sinne der liberalen Parteien“ auszuüben. Das heißt: Wenn nach der Urwahl die Freisinnigen (was sehr leicht kommen kann) die Parole ausgeben: „Wählt zwei Konserverative und einen Liberalen!“, dann müssen eben die auf Blankofahrt verpflichteten Freisinnsmänner einschwenken wie die Rekruten.

Und das wirkt uns vor, durch eine „verschleihte Taktik“ die Chancen der Wahlreform zu verschlechtern! Kann man die politische Prostitution noch weiter treiben?

Der Freisinn gegen das Reichstagswahlrecht.

Die „vereinigten liberalen Parteien“ in Köln waren am Dienstagabend in einer großen Wählerversammlung zusammengekommen, um zunächst die Mitteilung des Ergebnisses der Stadtverordnetenwahl in der zweiten Klasse entgegenzunehmen und sich dann mit der Landtagswahl zu befassen.

Zum ersten Gegenstand berichtete der Vorsitzende Professor Moldenhauer über den Verlust dreier Rathhausitze an das Zentrum; er bat aber, nicht in eine Besprechung des Wahlergebnisses einzutreten, „da doch nichts anderes herauskommen würde als Klagen und Beschuldigungen“. Zur Frage der Landtagswahl übergehend, schlug Herr Moldenhauer im Namen des Vorstandes als Kandidaten der „vereinigten liberalen Parteien“ Kölns den freisinnigen Reichstagsabgeordneten Oberlandesgerichtsrat Ottomar Müller und den Kaufmann Emil Bau, einen Nationalliberalen vor. Die beiden Herren

hielten dann ihre Kandidatenreden. Herr Bau erklärte darin, daß er zwar Anhänger des allgemeinen, gleichen Wahlrechts im Reich, nicht aber für dessen Übertragung auf Preußen sei. Herr Bau ist Anhänger eines Ruralwahlrechts für Preußen!

In der Diskussion nahm Rechtsanwalt Georg Fischer das Wort, der bei der letzten Reichstagswahl nationalliberaler Kandidat im Wahlkreis Mülheim-Bispingen war. Die Nationalliberale Partei und die Freisinnige Volkspartei, die in Köln die Wahlen gemeinsam leiteten, seien nicht mehr in der Lage, die Wähler in der wünschenswertesten Weise an den Wahltag zu bringen. Es gebe zu viele liberale Männer, die nicht mehr mit der Politik der liberalen Parteien einverstanden seien. Der Zug nach links müsse in den Versammlungen viel mehr betont werden. Entschieden wandle sich Rechtsanwalt Fischer gegen die Kandidatur des Herrn Bau, der nicht einmal Anhänger des Reichstagswahlrechts im Reich sei, wie er aus verschiedenen Äußerungen wisse!

Professor Moldenhauer trat Herrn Fischer in erregter Weise entgegen: Was die Kandidatur Bau anlangt, so habe die Nationalliberale Partei das Recht, einen Kandidaten aufzustellen, der auf dem Boden ihrer Anschauungen stehe. Herrn Fischer kann ich nicht mehr als zu unserer Partei gehörig ansehen, er gehört nicht in unsere Partei, wenn er nicht auf unserem Boden steht!

Jämmerlich benahmen sich die Freisinnshelden. Der Vorsitzende der Freisinnigen Volkspartei in Köln, Fabrikant Schaaf, redete der „Nachgiebigkeit“ und der „Vereinigung auf der mittleren Linie“ das Wort. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Ottomar Müller „warnte“ Herrn Fischer vor den Folgen seines Vorgehens, das nur das Zentrum stärke. — Rechtsanwalt Nehe, der Vorsitzende der nationalliberalen Jugend, gibt Herrn Fischer in mancher Beziehung recht, hält es aber „aus taktischen Gründen“ für besser, das gleiche Wahlrecht nicht zu verlangen, „weil man dadurch die Regierung und sogar das Königtum (!) gegen den Liberalismus mobil machen würde“.

Die Versammlung stellte schließlich die beiden von oben vorgeschlagenen Kandidaten auf; gegen Herrn Bau erhob sich eine (!) Stimme! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai 1908.

Die Ausführungsverordnung zum Reichsvereinsgesetz vor der Hamburger Bürgerschaft.

Der Senat der „Republik“ Hamburg hat bekanntlich eine Ausführungsverordnung zum Reichsvereinsgesetz erlassen, die inwieweit durch eine Bekanntmachung der Polizeibehörde „ergänzt“ worden ist, ergänzt in reaktionärem Sinne, so daß durch diese Ausführungsbestimmungen selbst Preußen und Mecklenburg in den Schatten gestellt worden sind.

Am Mittwochabend gelangte in der Hamburger Bürgerschaft der schon vor Erlass dieser Bestimmungen gestellte sozialdemokratische Antrag zur Beratung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den fremdsprachigen Einwohnern des hamburgischen Staates der unbeschränkte Gebrauch ihrer Muttersprache auch in öffentlichen Versammlungen gewährleistet wird.

Der Sozialdemokraten, die Ausführungsbestimmungen so zu fassen

daß als Erfordernis der von der Anmeldepflicht entbindenden Bekanntmachung die Veröffentlichung der Versammlungsanzeige in einer im hamburgischen Staatsgebiet erscheinenden Zeitung oder durch Plakatauslag gilt; und daß die nach §. 9 des Reichsvereinsgesetzes zulässige Ersetzung der Genehmigung für Versammlungen unter freiem Himmel und für Aufzüge durch Anzeige oder öffentliche Bekanntmachung allgemein stattfindet.

In vorzüglicher Rede begründete Genosse Stolten diese Anträge. Bisher habe man sich in Hamburg stets einer ungeschicklichen Polizeipraxis der Polen gegenüber bedient, denen nicht gestattet wurde, in ihren Versammlungen in ihrer Muttersprache sich zu unterhalten, was in keinem anderen deutschen Staate der Fall war. Der Auslegungskunst durch die Polizei müsse ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden. In wirtschaftlicher Beziehung werden auch die Deutschen durch den Sprachenparagrafen geschädigt, insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die an die fremdsprachigen Lohnbrüder nur in öffentlichen Versammlungen heran kommen können. Durch seine Ausführungsbestimmungen, die Redner eingehend behandelte, habe sich Hamburg auf eine Stufe gestellt mit Landräten rückständigster Gegenden, indem man den Plakatauslag ganz unberücksichtigt gelassen, dagegen aber neben einer anderen Zeitung den unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinenden „Öffentlichen Anzeiger“ als Bekanntmachungsorgan für Versammlungen bestimmt habe. Der Redner ermahnte die Bürgerschaft, mit diesem Polizeigeist zu brechen, und appelliert an deren Liberalismus, damit Hamburg sich nicht mit dem Junkerstaat Preußen auf eine Stufe stelle.

Dieser Appell an den Liberalismus hatte indes bei den „Liberalen“ so gut wie keinen Erfolg. Selbst die „Vereinigten Liberalen“ äußerten bezüglich der Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel Bedenken „aus Verkehrsrisikosten“ und beantragten, daß die Befreiungen für die nicht auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfindenden Versammlungen gelten sollen. Im übrigen erklärten sich diese „entschieden“ Liberalen mit den Anträgen einverstanden. Die anderen „Liberalen“ halten die Einmischung der Polizei in solche Dinge für selbstverständlich, namentlich in Rücksicht auf Straßendemonstrationen, die ihnen bis im Magen liegen.

Mit gutem Humor ging Genosse Stengele mit diesen „Bangbürgern“ ins Gericht. Er verlas einen Brief des Genossen Bebel, in dem dieser mitteilt, daß ansichtlich des Hamburger Wahlrechtsraubes ein Herr aus den besten Kreisen Hamburgs bei ihm gewesen sei und sich bitter beschwert habe über das indifferente Verhalten der Hamburger Arbeiterschaft. Die maßgebenden Kreise Hamburgs, so erklärte dieser Herr, hätten blutig gehöhnt und gespottet über die Passivität der Hamburger Genossen, denen man alles bieten könne.

Er machte mir weiter Mitteilungen, und nannte auch Personen, wonach man in den betreffenden Kreisen Hamburgs beim Kaiser für die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts tätig sei, und daß das passiv Verhalten unserer Leute diesen Plänen starken Vorschub leiste. Im Verlaufe des Gesprächs sprach ich offen aus, was in unseren Kreisen als Gegenmaßregel erörtert worden sei. Und da war es mir interessant, daß der Betreffende meinte, daß, wenn an jenem Abend eine ungeheuerere Massenversammlung vor dem Rathaus stattgefunden hätte, dies allerdings einen starken Eindruck gemacht hätte. Er sei, nachdem er die Worte der Genossen Biehl in der Zeitung gelesen, an jenem Abend nach dem Rathausplatz gegangen und sei bitter enttäuscht gewesen, als er dort nicht 100 Personen angetroffen habe. Er sei aber der Meinung, daß es auch jetzt noch nicht zu einer solchen Demonstration zu spät sei, bei der nächsten Beratung der Vorlage in der Bürgerschaft müßten wir unbedingt irgend eine große Demonstration vornehmen, damit es nicht aussieht, als läßen wir uns widerstandslos alles gefallen.

Dieser Herr war — der Reichstagsabgeordnete Dr. J. Heßner. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Hamburger Bürgerschaft wahrte darauf den Ruf der Selbstrepublik, ein ebenso unadäquater Polizeipraxis wie Mecklen-

burg und Preußen zu sein, indem sie alle Anträge der Sozialdemokraten und alle Abänderungs- (Abschwächungs-) anträge der „entschieden“ Liberalen ablehnte!

Es bleibt also bei der „loyalen“ Ausführung des Vereinsgesetzes!

Die Warnim-Schande des Freisinn.

Das konservativ-freisinnige Kartell im Landtagswahlkreis Nieder- und Ober-Warnim wird von der offiziellen Vertretung der dortigen Freisinnigen gegen alle Angriffe getreulich gehalten und verteidigt; so daß einige Freisinnige — wie viel es sind, läßt sich nicht ersehen —, um sich von der Mitschuld an dieser Schand reinzuwaschen, kein anderes Mittel mehr sehen, als die direkte Empörung gegen den Beschluß ihrer Leitung. Eine Protestversammlung freisinniger Wähler des Wahlkreises beschloß, eigene freisinnige Kandidaten aufzustellen. Von den Rednern wurde betont, daß die Wahregel zwar wenig Rücksicht auf Erfolg habe, man müsse aber auf diese Weise dem Protest gegen das Wahlbündnis Ausdruck geben. Die Versammlung beschloß, den Herren Oberst a. D. Gädike, Dr. Planke-Fredesdorf und Lehrer Gänzer-Hermisdorf die Kandidatur anzubieten. An den Vorstand des freisinnigen Wahlvereins für Niederbarnim wurde der Antrag gefandt, baldigst eine Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Mißbilligung des freisinnig-konservativen Wahlbündnisses und Austritt aus der freisinnigen Volkspartei.

Die resignierte Stimmung der Versammlung spricht dafür, daß der größere Teil der Warnimer Freisinnigen gegen das Bündnis mit den wütendsten Feinden des gleichen Wahlrechts nichts einzuwenden hat und sich seiner Leitung durchaus würdig zeigt.

Die Nationalliberalen des Kreises sind bekanntlich mißvergnügt, daß sie bei dem Bündnis nicht auch einen Knochen erwischt haben. Die „Kreuz-Zeitung“ lapidiert sich darob gehörig ab. Eigentlich war das ganz unnötig, denn dieselbe Nummer der „Kreuz-Zeitung“ bringt die Meldung, daß der nationalliberale Wahlkreisausschuß zu Oberwalde beschloß, sich dem konservativ-freisinnigen Kompromiß anzuschließen und mit den beiden verbundenen Parteien bei der Kuffstellung der Wahlmänner zusammenzugehen.

So ist also der Zusammenschluß aller Blodparteien gegen die Sozialdemokratie perfekt. Daß die abgeplitterten freisinnigen Protestler eine nennenswerte Macht in die Waagschale werfen können, ist nach ihren eigenen Ausführungen nicht anzunehmen. —

Der Kampf um die Volksschule in Württemberg.

Das Volksschulwesen in Württemberg schreit geradezu nach einer Reform. Kurzeit ist die Volksschule weiter nichts als ein Anhängsel der Kirche. Andere als Konfessionsschulen gibt es nicht. Der Versuch der Residenz Stuttgart, wenigstens für die wenig zahlreichen schwachbegabten Kinder eine Simultanschule zu schaffen, scheiterte an dem Widerstand der Kirchengemänner. Auch die Regierung verschleift sich nicht der Notwendigkeit einer Schulreform. Sie will aber die kirchlichen Feindin nur ein wenig lockern. Zentrum, Konservativen und Bauernbünd halten selbstverständlich an der Oberhoheit der Kirche über die Schule wie an der Konfessionsschule unverbrennlich fest. Sozialdemokratie und Volkspartei sind für eine gründliche Reform. Die Mandatsstärke der Rechten und der Linken im Landtag ist fast gleich; in der Mitte steht die Deutsche Partei, in der die Meinungen geteilt sind.

Bevor die Parteien den Kampf um die Schulreform offiziell aufgenommen haben, ist nun der Württembergische Volksschullehrerverein auf den Plan getreten mit einer Eingabe an die Regierung und die Landstände um Schaffung eines einheitlichen Schul- und Unterrichtsgesetzes. Es wird verlangt, daß die gesetzliche Regelung für Volks- und höhere Schulen gleichzeitig und einheitlich vorgenommen werde. Bei dieser Regelung seien folgende Fundamentalsätze zu beachten: Die Schule ist Sache des Staates; die Kirche hat kein Recht an der Schule; die Schulen sind, auch soweit sie religiös-sittliche Bildung zu vermitteln haben, rein bürgerliche Anstalten, sie haben nicht auch zugleich dem kirchlichen Leben zu dienen!

Zur Durchführung dieser Grundzüge schlägt der Volksschullehrerverein folgende Maßnahmen vor: Übernahme der Schullasten für Volks- und höhere Schulen auf die Staatskasse, Staatsdienststellung der Lehrer, Lehrerbildung ohne konfessionelle Scheidung in staatlichen (statt bisher in kirchlichen) Seminarien, die nicht unter theologischer Aufsicht stehen, Organisation der Schulbehörden ohne konfessionelle Rücksichten, Einführung fachmännischer Schulaufsicht (bisher nur geistliche Schulaufsicht), Veseitigung jeder Einmischung kirchlicher Behörden ins Schulwesen, Einführung nichtkonfessioneller Schulbücher. Weiter wird verlangt die allgemeine Volksschule als Unterbau des gesamten Schulwesens, Einführung der Fernmittelfreiheit usw.

Die Forderungen des Volksschullehrervereins decken sich in allen wesentlichen Punkten mit dem Schulprogramm der Sozialdemokratie. Unsere Genossen werden deshalb mit voller Wucht für die Lehrerforderungen eintreten.

Mollitor-Prozess.

Vorgestern ist, wie wir bereits durch ein Telegramm in der gestrigen Nummer mitteilten, der Redakteur der „Badischen Presse“ Albert Herzog in Karlsruhe mit der ungeheuerlichen Strafe von einem Jahre Gefängnis wegen Verleumdung des Fräulein Olga Mollitor, der Schwägerin des wegen Mordes verurteilten Rechtsanwalts Hau, belegt. In zwölfstündiger Verhandlung mußten etwa 80 Zeugen und Sachverständige amarschieren, um alles möglich über ihre Ansicht, ob Hau schuldig ist, oder ob ein anderer Täter in Frage kommen könnte, zu bekunden. Die Verleumdungen wurden in Artikeln gefunden, die aus Anlaß des Hau-Prozesses das Fräulein Mollitor zu unrecht außerordentlich schwerer Verfehlungen beschuldigten. Seinerzeit haben wir die Darstellung der Hau-Affäre zu einer nerventzettelnden Sensation, das Treiben „nationaler“ und Sensationsblätter gegen Fräulein Mollitor sowie die Hege des nationalen Pöbels im Seidenhut gegen diese Dame aufs schärfste verurteilt. Das kann uns aber nicht davon abhalten, die ausgeworfene Strafe als eine dem Rechtsempfinden widersprechende zu beklagen. Die schwerverleumdete hätte sich an der Feststellung des Tatbestandes in öffentlicher Verhandlung genügen lassen können und sollen. Sie ist durch die im Prozeß gegen Herzog und durch die in dem am 16. März gegen den Redakteur Schmidt der „Morgenpost“ ausgesprochenen exorbitant hohe Strafe (gegen Schmidt war auf 9 Monate) mehr geschädigt, als sie durch die Verhandlung, die absolut kein öffentliches Interesse darbot und deshalb von uns in ihren Einzelheiten nicht wiedergegeben ist, gewinnen konnte. Die Prozesse des Fräulein Mollitor sind offensichtlich wesentlich von anderer Seite als dieser Dams selbst auf die Spitze getrieben. In den Fällen Herzog und Schmidt hätte dem Ruf des Fräulein Mollitor eine Zurücknahme der Strafanträge nach geschlossener Beweisverhandlung nichts geschadet. Es war mehr als unnötig, der recht unschönen Mollitor-Hege eine nicht gerade anmutige Prekhepe folgen zu lassen. Noch schärfer als Herzog war ja Schmidt seinerzeit getroffen, da dieser den schlüssigen Beweis lieferte, daß der Artikel, dessenwegen ihm in erster Instanz neun Monate zudiktirt

find, ohne sein Zutun und ohne seine Kenntnis zu einer Zeit aufgenommen war, wo er wegen heftiger Erkrankung die Redaktion nicht besucht hatte. Das Urteil gegen ihn kann schwerlich vor dem Reichsgericht standhalten. Die immense Höhe der Strafen und das Hinziehen des letzten Prozesses durch zwölf Tage mag mit dadurch veranlaßt sein, daß im Falle Hau, wie wir das seinerzeit betonten, nicht mit einer jeden ausschließlichen Art umfassender Voruntersuchung vorgegangen ist, wie es bei einer anders gearteten Voruntersuchung möglich gewesen wäre. Im letzten Grunde hat demnach der Redakteur für die ungeheuren Schäden, die das Gesetz über unser Vorverfahren aufweist, und für die Abneigung hüten müssen, die viele Richter gegen freieste öffentlicher Verhandlungen hegen.

Pumpen-Necklame.

Im Herzen von Mecklenburg liegt das Städtchen Wärow, dem nebst vielen anderen Dingen auch Anschlagssäulen fehlen. Immerhin ist die Kultur auch in Wärow soweit vorgekommen, daß man den Puls des Geschäftlebens ohne die belebende Kraft der Necklame nicht in Gang zu erhalten vermag, und zwar verfahren, seitdem die Necklame sich auch Wärow erobert hatte, die Posten der Wärower Wasserpumpen den Dienst, zu dem man in weniger glücklichen Orten kostspielige Plafafsäulen errichtet. Jeder Wärower, der etwas ausdient, tat dies auf Plafaten an den soliden Pumpenposten seiner gemächlichen Heimatstadt. Diese Plafafsäulen waren Gemeineigentum; niemand hat für ihre Benutzung je einen Zoll entrichtet.

Aber noch eine andere Großmacht streckte nach dem idyllischen Wärow ihre Hände aus: die Sozialdemokratie. Und wie sich diese Partei zu ihrem Fortkommen überall der modernsten Einrichtungen bedient, so bediente sie sich auch der Wärower Plafafsäulen. Das ging lange gut. Vorige Woche aber hatten die Notizen ihre Sonntagsversammlung wieder solcherart affiziert. Wie erstaunten sie, als am Sonnabendmittag ein dienstbarer Geist der Stadt mit Wasser, Pinsel und Spachtel die roten Plafate von der Bildfläche der Pumpenposten verschwinden ließ zum Nutzen unserer Necklame, denn während der Nacht lebten die Sozialdemokraten, welche andernfalls das bestehende zu erhalten trachteten, neue Plafate an.

Aber die Sozialdemokraten sind nicht nur feindlich, sie sind auch neugierig. Die Wärower Sozialdemokraten hätten gar zu gern gewußt, wie die Wärower herrschenden Mächte auf einmal zu ihrer plafafsäulichen Bestimmung kommen. Und nach eifrigem Suchen hat sich denn herausgestellt, daß es eine der stärksten Säulen des Wärower Liberalismus gewesen ist, die angeführt der roten Plafate in Wärow geriet und die Abregulierung der papierernen Volkserlöser veranlaßte. Die schöne, freie Seele dieser Wärower Volkserlöser vermochte sich nicht daren zu finden, daß nun nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Sozialdemokratie auch in Mecklenburg Versammlungen abhalten darf.

Ein bayerischer Michaels-Ritter.

Die bürgerliche bayerische Blätter berichten, ist dem italienischen Generalkonsul v. Oldenburg in München der Michaelsorden zweiter Klasse — eine für bayerische Verhältnisse hohe Auszeichnung — verliehen worden. Unser Münchener Parteiorgan, die „Münchener Post“ bemerkt zu dieser Ordensauszeichnung:

Wir konstatieren, daß der Ehren-Generalkonsul v. Oldenburg als Aufsichtsrat der chemischen Fabrik Heußel bei Gründung der Hausmüllverwertung München G. m. b. H. zur Vertretung von Mitgliedern der Münchener Gemeindevverwaltung 60000 Mark — das „Schmieröl“ des Reichrates von Raffel — bewilligt hat; wir konstatieren, daß der Staatsanwaltschaft diese Sache bekannt ist und daß diese und eine damit zusammenhängende Betrugs- und Untreueangelegenheit der Herren Ludwig Feant und Sigmund Reußhöfer von der Hausmüllverwertung nur wegen Verjährung durch die Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt wurde.

Danach scheinen auch in München manchmal Ordensverleihungen aus gar seltsamen Gründen zu erfolgen.

Kulturbilder aus Mecklenburg.

Vor dem Schöffengericht in Wismar sollte die auf einem nahegelegenen Gute bedienstete Ella Anderson sowie deren Schwester Johanna als Zeugen vernommen werden. Auf die Frage nach dem Geburtsdatum blieben beide Mädchen die Antwort schuldig. Es stellte sich heraus, daß sie dieses Datum nicht konnten. Als sie darauf nach dem laufenden Monat gefragt wurden, konnten sie auch darüber keinen Bescheid geben. Ebensovienig wußten sie, auf welchen Tag Weihnachten fällt. Als das Verhör es mit sich brachte, einen bestimmten Tag näher zu charakterisieren, gab Ella Anderson an, es sei der „Geburtsstag des Herrn“ (Gutsbesizers) gewesen.

So, die Junferschulen!

Oesterreich.

Ruthenendebatte.

Wien, 21. Mai. (Abgeordnetenhaus.) In der Fortsetzung der Debatte über den ruthenischen Dringlichkeitsantrag betreffend das Verwaltungssystem Galiziens erklärte Abg. Dąbrowski (Sog.): Die Sozialdemokraten perhorreszierten den politischen Nord entschieden und würden dem Grafen Potocki niemals vergeben, daß er seinen Einfluß zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes geltend gemacht habe. Das Abgeordnetenhaus möge dem seit dreizehn Jahren ungehört verhallenden Klagen des ruthenischen Volkes Gehör schenken. Der erste Schritt zur Lösung des nationalen Problems in Galizien wäre eine gerechte Landtagswahlreform, damit die Ruthenen einen festen politischen Besitzstand erhielten. Ohne politische Rechte, ohne Selbstverwaltung für Polen und Ruthenen sei eine Befriedigung der Verhältnisse in Galizien unmöglich. (Beifall.) Der Dringlichkeitsantrag Cegiński wurde sodann mit 158 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Das Haus begann hierauf die Debatte zweier Dringlichkeitsanträge betreffend Wahlminderbrüche bei den letzten galizischen Landtagswahlen.

Schweiz.

Anarchisten und Polizei.

Zürich, 17. Mai. (Sig. Ver.) Das am 1. Mai verbreitete anarchistische Flugblatt, das in schmähtlicher Weise unsere Kaiserin besudelte, ist, wie nachträglich das „Volkrecht“ mitteilt, mit der Kenntnis und stillschweigenden Zustimmung der politischen Polizei gedruckt und verbreitet worden. Der Drucker in Zürich habe der Polizei vor dem Druck das Manuskript ausgeliefert, wie er auch früher schon vom anarchistischen „Werk“ jeweils 5 Exemplare an die Polizei geliefert haben soll. Irren wir nicht, ist der Drucker der Anarchist Ernst in Zürich, so daß hier wieder einmal der nicht seltene Fall der Doppelseigenschaft von anarchistischem Führer und Polizeispitzel vorliegt. Wenn trotz ihrer Kenntnis des anarchistischen Vorgehens die Polizei die Flugblattverbreiter verhaftete, so liegt eine unverkennbare Provokation und ein geradezu betrügerisches Manöver vor. Bis auf einen Ausländer, der aber schon 10 Jahre lang in der Schweiz ist, sind die Verhafteten wieder freigelassen worden. Sollte dieser Ausländer ausgewiesen werden, so würde sich die Polizei damit einer Infamie schuldig machen. Aber der Polizei ist alles möglich und ihre Moral zu allem fähig. Willst du nicht unsere Praxen diese Vorgänge zum Gegenstand einer Interpellation an Kantonsrat und beleuchtet wieder einmal die Staatsjustiz des kantonierten Oberpolizisten Käseli.

Italien.

Der Agrarstreik.

Rom, 21. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Agrarstreik in der Provinz Parma dauert ungeschwächt fort. Trotz musterhafter Ruhe und Ordnung der Landarbeiter sät die Regierung mit den Truppen sendungen in das Streitgebiet fort. Rumore ist auch in der Provinz Piacenza der Agrarstreik allgemein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik, wenn die „Agraria“, die Organisation der Großgrundbesitzer bei ihrem Widerstand beharrt, rasch weitere Ausdehnung finden und die Romagna ergreifen wird.

England.

Annahme des Unterrichts-gesetzes.

London, 20. Mai. Unterhaus. Das Unterrichts-gesetz wurde in zweiter Lesung mit 370 gegen 205 Stimmen angenommen. Unionisten und Nationalisten stimmten gegen das Gesetz. Premierminister Asquith wies im Verlaufe der Diskussion auf verschiedene Punkte hin, in denen die Regierung Modifikationen in Erwägung ziehen würde.

Eine Rede des Ministerpräsidenten.

London, 21. Mai. Premierminister Asquith hielt gestern abend im Reformklub eine Ansprache, in der er zunächst ausführte, daß die Bemühungen der Regierung auf dem Gebiete der sozialen Reform nicht eher vollständig sein würden, bis aus dem Wahlssystem die schweren Mißbräuche beseitigt seien, die es zu einem so wenig angemessenen und vertrauenswürdigem Dolmetscher der öffentlichen Meinung machten. Auf die auswärtigen Angelegenheiten übergehend, betonte der Minister, daß die Regierung alles irgend Mögliche getan habe, um nicht nur die Oberfläche des internationalen Ozeans vor plötzlichen Stürmen zu bewahren, sondern auch die tiefen Fundamente dauernder Freundschaft und guten Willens zu legen. Nachdem der Premierminister noch der Tätigkeit Sir Edward Grey in Sachen der Entente mit Frankreich und der Beziehungen zu Rußland gedacht hatte, erklärte er schließlich, er hoffe, daß die Vereinbarung mit Rußland auf gesunder Grundlage aufgebaut und wobei die Interessen noch die Ehre der beiden großen Länder beeinträchtigen werde. Das englisch-russische Uebereinkommen wegen des Ostens und die Entente mit Frankreich seien dauernde Friedenselemente, auf die England stolz sein könne.

Eine Geschäftsreise.

König Eduard wird im Juni nun doch den Zaren besuchen und mit ihm in Kaval zusammenzutreffen. Offiziell wird dazu bemerkt, daß dieser Besuch einen Beweis für die engeren Beziehungen bilde, die zwischen den beiden Ländern durch das englisch-russische Abkommen geschaffen sind.

Campbell-Bannerman war ein Gegner dieser Besuche, die während seiner Ministerchaft auch trotz wiederholter Ankündigungen unterblieben. Auch jetzt sind die radikalen Mitglieder der liberalen Partei von dieser Zusammenkunft mit dem blühigen Unterdrücker der Freiheit nicht weniger als einverstanden. „Daily News“ erklären diese Reise als einen Akt der Kreuzsignifikanz gegenüber den demokratischen Institutionen. Wir erinnern uns nicht, ähnliche Proteste in deutschen bürgerlichen Blättern gefunden zu haben, wenn Wilhelm II. und Nikolaus zusammenkamen. In Rußland hegt man die Hoffnung, als Ergebnis der Reise eine Anleihe in England aufnehmen zu können.

Rußland.

Regierungskrise in Finnland.

Helsingfors, 21. Mai. Der Vizepräsident des Senats Medelin und die Senatoren Donner, Chef des Kultusdepartements, und Ignatius, Chef des Departements für Durchführung, haben ihr Auftritts-gesetz eingereicht.

Marokko.

Die Stellung Frankreichs.

Wir haben bereits gestern bemerkt, daß die französische Regierung infolge der Erfolge, die Mulah Said errungen hat, ihre bisherige Politik der Unterstützung Abdul Asis' wird ändern müssen. Diese Ansicht wird heute durch Pariser Meldungen bestätigt. Man telegraphiert aus Paris, 21. Mai:

Der mit dem Ministerium des Neuheuern in Verbindung stehende „Petit Parisien“ schreibt, man dürfe nicht verhehlen, daß die Ankunft Mulah Said's in Mekka in diesem Anstich amüslichen Kreisen lebhafteste Bewegung hervorgerufen habe. Man habe auf Grund von Nachrichten, die aus Tanger und Rabat eintrafen, angenommen, daß der Sultan zerstreut und der Sieg Abdul Asis gewiß wäre. Heute stehe man vor der unbestreitbaren Tatsache, daß Mulah Said die zweite und die dritte Hauptstadt besetzt habe und daß er sich in jedem Augenblick auch der ersten Hauptstadt bemächtigen könne. Wenn es ihm als Herrn von Res und Mekka gelänge, sich auch in Tanger zum Sultan auszurufen zu lassen, dann wird die Lage unentwederbar, wenn man sich darauf versteht, Abdul Asis als einzigen Herrscher anzusehen, mit dem verhandelt werden kann. Das Problem, das nunmehr vor der französischen Regierung aufsteht, wird gegenwärtig mit entsprechender Sorgfalt geprüft. Falls Mulah Said in einem ausgedehnten Gebiete Marokkos entschieden Oberhand gewonnen hätte, müßte die französische Diplomatie, die die Ungünstigkeit ihrer bisherigen Informationen bedauern würde, eine Bänderung ihrer Haltung ins Auge fassen. Diese Bänderung kann sich in kurzer Zeit als notwendig erweisen. Die Frage werde zweifellos gleichzeitig in Paris, Madrid und Tanger geprüft werden. Es sei wohl der Augenblick gekommen, daran zu erinnern, daß die französische Regierung in der Kammer ihre Neutralität zwischen beiden Sultanen betont und daß Minister Bidon am 27. Januar dieses Jahres in Verantwortung einer Interpellation erklärt hat, wenn Abdul Asis unterliege, dann werde Frankreich in der Lage sein, mit dem an Stelle Abdul Asis tretenden Sultan in Frankreich und Europas Namen zu sprechen gemäß dem Mandat, das Frankreich anvertraut sei.

Die hier angeführte Politik Frankreichs könnte in der Tat einen Anfang zur Entwirrung der gefährlichen Situation bedeuten. Je weniger sich europäische Mächte um Marokko bekümmern, desto besser für den europäischen Frieden.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Seeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, unter dem Titel:

Vereinsgesetz vom 10. April 1908

ein Führer durch das neue Reichsvereinsgesetz, für den praktischen Gebrauch der Juristen und Laien erläutert vom Rechtsanwält Genossen Wolfgang Heine. Das Werkchen dürfte für jeden in der Agitation tätigen Arbeiter von großem Nutzen sein.

Preis 50 Pf. Bei Partiebezug Rabatt.

Im Verlag von J. H. Dieckhoff in Stuttgart ist soeben erschienen: Josef Dieckhoff, Erkenntnis und Wahrheit. Des Arbeiterphilosophen universelle Denkweise und naturmonistische Anschauung über Lebenskunst, Ökonomie, Philosophie, Religion und Sozialismus. Zu seinem zwanzigsten Todestag gesammelt und

herausgegeben von Eugen Dieckhoff. 428 Seiten. Preis broschiert 4 M., elegant gebunden 5 Mark.

In dem vorliegenden Werke bietet der Herausgeber Eugen Dieckhoff den literarischen Nachlaß seines Vaters dar. Die Sammlung besteht in erster Reihe in der Wiedergabe von Privatbriefen, die, wie der Herausgeber in dem Vorwort sagt, „Josef Dieckhoff nicht nur in Hemdsärmeln, sondern „Hilfsmittel“ zeigen. Außerdem finden wir in der Ausgabe fünfzehn Briefe über Logik, die sich im Anschluß an die „Speziell demokratisch-proletarische Logik“ (Stuttgart 1903) mit der politischen Ökonomie befassen. Ferner enthält das Werk zahlreiche, teilweise noch ungedruckte Aufsätze über Philosophie, Religion und Sozialismus, die ein lebhaftes Interesse erregen dürften. Die „Briefe über Sozialismus an eine Jugendfreundin“ wirken in ihrer originellen Art erfrischend auf den Leser. — Der Anhang ist polemischer Natur; er besteht in Kritik und Antikritik des „Dieckhoffismus“.

Sow Verleumdungsfeldzug der Offenbacher Bürgerlichen. Im „Offenbacher Abendblatt“ erlassen die Genossen Stadtmüller und Falke folgende Erklärung:

Von Herrn Stadtverordneten Theodor Boehm ist in der Stadtgarten-Versammlung vom 15. Mai laut Bericht der „Offenbacher Zeitung“ behauptet worden, zwei frühere sozialdemokratische Stadtverordnete hätten ihre Eigenschaft als Stadtverordnete benutzt, um beim Bezug von Holz aus der Gasanstalt Profite zu gewinnen. In der gestrigen Nummer der „Offenb. Ztg.“ nennt Herr Boehm die Unterzeichneten als jene früheren Stadtverordneten, um die es sich handele. Wir erklären dazu, daß wir beide längst vor unserem Eintritt in die Stadtverordnetenversammlung Holz von der Gasanstalt bezogen haben und daß diese Geschäftsverbindung in derselben Weise auch während unserer Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt worden ist. Diese Geschäftsverbindung hat mit unserer Eigenschaft als Stadtverordnete nie etwas zu tun gehabt, und erst recht nicht für diese Stadtverordneneigenschaft ein Mittel zu eigenartigen Zwecken gewesen. Um die Tatsachen in einwandfreier Weise zur Feststellung zu bringen, haben wir sofort gegen Herrn Boehm eine Verleumdungsklage eingeleitet. In gleicher Weise klagen wir gegen die „Offenb. Ztg.“, die sich die Behauptungen des Herrn Boehm zu eigen gemacht hat.

Von den Organisationen. In Lissa in Posen wurde am Tage des Inkrafttretens des neuen Vereinsgesetzes für den Reichstagswahlkreis Lissa-Fraustadt ein sozialdemokratischer Verein gegründet, dem sofort 23 Mitglieder beitraten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wahlrechtsdemonstration vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Kalbe a. S. standen Anfang April 93 Angeklagte, die beschuldigt waren, am Sonntag, den 12. Januar, an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge teilgenommen zu haben. Zwei von ihnen, die Genossen Ritter-Kalbe und Undeuths-Magdeburg, waren angeklagt, sich als Leiter und Ordner betätigt zu haben. Die Straftaten sollten nach Verneinung der Wahlrechtsverammlung, in der Undeuths referierte, dadurch begangen worden sein, daß die Angeklagten in geschlossenem Zuge durch die Stadt marschierten. Die 82 Sänder hatten sämtlich gegen Strafmandate über je neun Mark, Ritter und Undeuths gegen solche über je 30 Mark richterliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht sprach seinerzeit sieben Angeklagte frei, beließ es bei 23 Angeklagten bei der Strafe von 9 M. und erhöhte die Strafe für Ritter und Undeuths von 30 auf 100 M. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt, die am Mittwoch vor dem Landgericht Magdeburg zur Verhandlung stand. Das Gericht bestätigte nach längerer Verhandlung die über die beiden Hauptangeklagten verhängten Strafen, sprach jedoch die übrigen 23 Angeklagten auf Grund des neuen Vereinsgesetzes frei.

Eine schredliche Möglichkeit.

Am 18. Mai wurde, wie wir an jenem Tage schon telegraphisch meldeten, der Genosse Cohen aus Frankfurt a. M. von der Strafkammer zu Hanau von der Anklage, zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert zu haben, freigesprochen. Die Anklage gründete sich bekanntlich auf die Anzeige eines überwachenden Beamten, wonach Genosse Cohen in der Wahlrechtsverammlung zu Hanau am 9. Januar gefolgt haben sollte: „Man muß sich nur wundern, daß die Arbeiter trotz aller dieser Unzulänglichkeiten die Fenster des Abgeordnetenhauses nicht von außen eingeworfen haben, hoffentlich werden sie dies bald tun!“

Genosse Cohen erklärte dazu, daß er das Wort „hoffentlich“ nicht gebraucht habe; im übrigen seien seine Worte bildlich gemeint gewesen und er würde das noch näher ausgeführt haben, wenn er hätte weitersprechen können. Indes habe der Uebervachende die Verammlung sofort aufgelöst. Das Gericht glaube dieser Erklärung des Genossen Cohen und sprach ihn frei. Die Staatsanwaltschaft hatte sich viele Mühe um die Verurteilung des Sünders gegeben. So hatte sie z. B. in der Anklageschrift die folgende schredliche Möglichkeit ausgemalt:

Die Aufforderung zur Vornahme der strafbaren Handlung der Sachbeschädigung konnte im vorliegenden Falle diese letztere auch sehr wohl zur Folge haben. Es war bei der heutigen guten und billigen Eisenbahnverbindung sehr wohl möglich, daß einer oder mehrere oder mehrere der Zuhörer des Angeklagten, namentlich wenn sie recht aufmerksam zuhört und hierdurch mit dem nötigen Gah und der nötigen Mut erfüllt und recht wild und wütend gemacht worden waren, nach Berlin zu fahren und dort die „Öffnung“ des Angeklagten zur Erfüllung brachten.“

Erfreulicherweise ist das Gericht diesen tief eindringenden Deduktionen nicht gefolgt.

Soziales.

Sicherung der nötigen menschlichen Arbeitskraft für die Landwirtschaftsbetriebe.

Auf der letzten Wanderversammlung der „Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ hielt im „Sonderauschuß für Landarbeit“ Herr Dr. Stieger einen Vortrag über obiges Thema. Im Gegenüber zu den im Umde der Landwirtschaft organisierten Junkern — welche dem Arbeitermangel durch Aufhebung der Freizügigkeit radikal abzuhelfen wollen — macht Stieger eine Reihe ganz vernünftiger Vorschläge, um die Arbeiter auf dem Lande festzuhalten. Er ist nicht der Ansicht, daß der dümmste Arbeiter den besten Oefenbruch abgibt, und fordert deshalb ländliche Fortbildungsschulen. Ferner:

„Eckung der Arbeiter gegen Wetterunbill... zweckmäßige Ernährung, die gesichert wird durch angemessene Lohnform... Steigerung der Leistungsfähigkeit des künftigen Geschlechtes der Landarbeiter

a) durch bessere „Kinderstube“ im weitesten Sinne, b) durch körperliche Ausbildung, durch Handfertigkeitsunterricht, durch Jugendspiele und Turnen, damit die Sinne und Glieder zweckmäßig geschult werden,

c) durch fachliche Ausbildung der Jugend, und zwar der Jungen in Vorarbeiter-, Oefenschweizer- und dergleichen Schulen, bei den Mädchen durch Haushaltungsunterricht usw.

Ferner: Steigerung der Leistungswilligkeit a) durch Befriedigung der Gelftes- und Gemütsbedürfnisse und Pflege der menschlichen Beziehungen durch rechte Wohnung der Erholungsstunden, durch Wäherien und gesunde Vereinswesen, durch Pflege von Volkstesten und Volkunterhaltungen,

b) ... gerechte persönliche Behandlung bei der Arbeit" usw. Ein anderer Redner, Rittergutsbesitzer Smith-Rimbsch (Schlesien) sagte:

„Jeder Landwirt schaut eifrig nach Mitteln aus, welche die Landwirtschaft zu heben imstande sind. Ein solches gewichtiges Mittel ist aber die Hebung des gesamten Volkes in materieller, gesundheitlicher und ethischer Hinsicht...“

Wenn die beiden Herren, Stieger und Smith, auch Mitglieder des Bundes der Landwirte sind, werden sie wohl bald fliegen, denn solche feyerlichen Ansichten bei Landwirten sind ja noch gar nicht dagewesen. Aber schon der Name „Smith“ läßt auf keinen echten, ostelbischen Agrarier schließen. Dieser Smith sagte ferner:

„Man möge heute nicht mehr erwarten, daß man sich für den ausgezahlten Tagelohn auf jeden Fall Respekt und Achtung erkaufen kann, ... das Heruntersehen auf die Arbeiter erweckt trotz ja Verachtung bei diesen und vergrößert nur die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“

Auf derselben Wanderversammlung wurden in der „Kerbau-Abteilung“ die „Erfolge der Untergrundförderung“ erörtert und die verschiedenen Pflanzsysteme besprochen. Von dem Vortragenden wurde der Vorteil des mehrschichtigen Pfluges gegen den Einzelpflug nachgewiesen. Aber:

... es hat sich gezeigt, daß für den zweischichtigen Doppelpflanz Pflug eine gewisse Geschicklichkeit der Arbeiter vorausgesetzt werden muß, so daß z. B. die russischen Schnitter nicht gut mit seiner Führung beauftragt werden können, ...“

Trotzdem werden aber unsere Jünger lieber mit dem veralteten Einzelpflug und mit russischen Schnittern ihre Felder weiterbewirtschaften, als daß sie sich herbeilassen werden, den einheimischen intelligenten Landarbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren. Sie haben ja auch wenig Interesse daran, durch Verwendung moderner Geräte die Betriebskosten zu verringern und die Erträge zu steigern. Die landesgemäßen Renten sind ihnen ja durch Liebesgaben, Grenzsperrn und Buhertarife garantiert.

Wägen die ländlichen Arbeiter bei den Landtagswahlen das Ihrige zur Bekämpfung des Horis der Reaktion beitragen.

Freidenker-Kongress.

Die Freidenker-Vereinigung zu Frankfurt a. M. hat einen deutschen Freidenker-Kongress auf den 12., 13. und 14. Juni nach Frankfurt a. M. berufen. Auf der Tagesordnung steht: Die Organisation des deutschen Freidenkertums; der Zusammenschluß aller Vereinigungen zur Förderung kultureller Bestrebungen; die Trennung von Schule und Kirche, von Staat und Kirche.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in der Kartonindustrie.

Eine Versammlung der in der Kartonindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Mittwoch unter zahlreicher Beteiligung im „Englischen Garten“. Nach einem Vortrag des Verbandsvorsitzenden Loth über „Gewerkchaftliche Zeitfragen“, der lebhaften Beifall fand, referierte der Branchenvertrauensmann Schade über „Unsere Tarifbewegung“. Es handelt sich hierbei zunächst um den Tarifvertrag der Kartonnierer. Ob der Vierteljahr tarifvertragliche Frist, am 30. Juni, von den Arbeitern genehmigt wird, darüber wird noch in einer Ende nächsten Monats stattfindenden Versammlung entschieden. Die Branchenkommission hat allerdings schon einen Tarif ausgearbeitet, der einige Lohn-erhöhungen enthält, wie sie bei der zunehmenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse unbedingt notwendig erscheinen.

Außerdem ist ein Tarif für die Putzfrauen und die Arbeiterinnen, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend einer vernünftigen Regelung bedürfen, in der Ausarbeitung begriffen. Mit der Arbeitsgelegenheit in der Kartonindustrie ist es gegenwärtig freilich sehr schlecht bestellt, was bei einem Industriezweig, der hauptsächlich die Verpackung und äußere Hülle für allerlei andere Industrieerzeugnisse liefert, ja eine notwendige Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise ist. Die große Arbeitslosigkeit in ihrem Beruf hat jedoch erfreulicherweise auch dazu geführt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich nun mehr als während des guten Geschäftsganges der Vorteile erinnern, die ihnen eine starke Organisation bietet. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sich die Anwesenden verpflichten, nun zur Tarifbewegung mit um so größerem Eifer für die Stärkung und weitere Ausbreitung ihrer Organisation zu sorgen.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende noch zur eifrigen Tätigkeit für die Landtagswahlen auf und ermunterte besonders auch die Arbeiterinnen, sich ebenfalls ihrer politischen Organisation anzuschließen.

Die Kürschner und ihre einheitliche Organisation.

Die Aufgaben der Filiale Berlin nach der Einigung“ stand auf der Tagesordnung einer Mitglieder-Versammlung des Deutschen Kürschnerverbandes, die am Mittwoch im Alten Schützenhaus stattfand und vor allem den Zweck hatte, die Mitglieder zu eifriger Tätigkeit für die Organisation und ihre Grundsätze anzusprechen. In eindringlichen überzeugenden Worten schilderte der Referent Regge das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung im allgemeinen und besonders auch die Lage im Kürschnerberuf, wo, wie ja fast in allen Berufen, die Wirtschaftskrise schwer auf der Arbeiterschaft lastet. Namentlich machte der Redner auch darauf aufmerksam, daß es jetzt mehr denn je notwendig ist, daß die Arbeitssuchenden sich streng an den Arbeitsnachweis des Verbandes halten und nicht nach den Annoncen laufen, nicht bei den Unternehmern herumgehen und sie gleichsam um Arbeit bitten. Dies entwürdigende Umgehungen nach Arbeit sollte gänzlich ausgerottet werden. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Nach gründlicher Aussprache über die Lage im Berufe nahm die Versammlung einstimmig diese Resolution an:

„In Erwägung, daß eine Organisation nur dann auf der Höhe steht und sich ihrer Stärke und Schlagfertigkeit entsprechend äußern kann, wenn sämtliche Beschäftigte des Berufes derselben angehören, von den Forderungen und Grundsätzen der Arbeiterbewegung überzeugt und sich des Solidaritätsgefühls bewußt sind, erkennt die Mitglieder-Versammlung des Deutschen Kürschnerverbandes, Filiale Berlin, an, daß gegenwärtig hier am Ort die Förderung und Ausbauung der Organisation im Vordergrund des Interesses steht.“

Um diesem Ziele durch praktische Agitationsarbeit näher zu kommen, beschließt die Versammlung folgendes:

1. Jedes Mitglied hat die Pflicht, für den Verband agitatorisch tätig zu sein und überall, wo die Möglichkeit vorhanden ist, für den Verband neue Mitglieder zu werben.

2. Alle Werkstätten sind gehalten, Vertrauenspersonen zu wählen; wo einzelne Mitglieder arbeiten, nehmen diese allein die Interessen des Verbandes wahr. Werkstätten von über 10 Mitgliedern haben einen Ausschuß zu wählen, der dem Arbeitgeber gegenüber die Forderungen der Organisation zu vertreten hat. Diese Werkstätten sind verpflichtet, alle vier Wochen eine Werkstättenversammlung abzuhalten, in der alle Fragen der Organisation betreffend, wie persönliche Differenzen in kollegialer Art und Weise zum Ausdruck zu bringen sind. Bei Fragen, die das Gesamtinteresse betreffen, ist eine Vertretung des Vorstandes zuzuziehen. Kleinere Werkstätten halten nach Bedarf Sitzungen ab.

3. Die Vertrauensperson hat jeden Sonnabend die Beiträge einzuziehen und dieselben mindestens alle vier Wochen der Organisation abzuliefern. Außerdem hält er den Verkehr zwischen Mitgliedern und Organisation aufrecht. Scheidet eine Vertrauensperson aus der Werkstätte aus, so hat dieselbe sofort mit dem Kassierer oder Vorsitzenden abzurechnen; an ihrer Stelle hat sofort eine Neuwahl stattzufinden.

Jährlich findet die Neuwahl der Vertrauenspersonen sowie der Ausschüsse statt.

4. Da durch die Vereingung eine Neubildung der Zahlstelle stattgefunden hat, so haben innerhalb vier Wochen in allen Werkstätten die Neuwahlen der Vertrauenspersonen stattzufinden.

5. Um die Forderungen der Organisation dem Unternehmertum gegenüber in jeder Hinsicht zu wahren, ist jedes Mitglied beim Stellenwechsel verpflichtet, seine Arbeit nur durch den Arbeitsnachweis zu entnehmen und jedes Umschauen und Anfragen durch Inzerate zu unterlassen.“

Sodann wurde die Abrechnung vom 1. Quartal 1908 verlesen, die sich noch auf die alte Filiale vor der Verschmelzung mit dem Lokalverband bezieht.

Auf Antrag des Vorstandes beschloß die Versammlung, den Verbandsvorstand zu eruchen, bis zur endgültigen Regelung auf dem nächsten Verbandstag provisorisch zu bestimmen, daß Mitglieder, die länger als vier Wochen arbeitslos sind, von der Beitragspflicht befreit werden. Ferner wurde beschlossen, daß das alte Verkehrslokal der Filiale, Prenzlauer Straße 41, auch fernerhin als Verkehrslokal der Kürschner gelten soll.

In die Gewerkschaftskommission wählte die Versammlung einstimmig Zimmerling, den bisherigen Vertreter der Filiale des Zentralverbandes.

Achtung, Kürschner!

In Hannover haben in der Kürschnerfabrik von Anapport die Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Die Firma sucht in Berlin durch D. Schön, Oranienstraße 65, Arbeitswillige. Zugang ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Der Streik der Schuhmacher in Magdeburg wurde nach siebenwöchiger Dauer beendet. Der Streik drehte sich in der letzten Zeit fast nur noch um die Firma Pape. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts kam nun am Dienstag zwischen der Streikleitung und der Firma eine Vereinbarung zustande, der die Streikenden zustimmten, da in der Hauptsache ihre Forderungen anerkannt worden waren. Da die Streikenden der kleineren Betriebe schon fast ausnahmslos wieder zu den neuen Bedingungen arbeiten, so hat der Streik fastig sein Ende erreicht.

In der Fabrik für Kamm- und Haarschmied von Weinstein u. Co. in Leipzig sind seit fast zwei Wochen sämtliche Kollegen und Kolleginnen im Ausstand wegen Lohnreduktion von 5—33% Proz. Alle Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts scheiterten an dem Starrsinn des Herrn Weinstein. Da ohne Kammacher der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann, ist es dringende Pflicht der Kammacher, diesen Betrieb zu meiden. Bis jetzt fand der Unternehmer erst einen Kammacher, und zwar einen Berliner; derselbe ist jedoch zur Abreise veranlaßt worden. Die Handlungsweise des Unternehmers Weinstein ist um so verwerflicher, als dieser Betrieb infolge des Streiks von Mendelssohn vor zwei Jahren entstanden ist, und Herr Weinstein als früherer Arbeiter noch bis vor kurzem der politischen und gewerkchaftlichen Organisation als Mitglied angehört.

Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Lohnkampf der Maler ist in Hesse und Hessen-Rassau beendet. Die Arbeiter nahmen am Dienstag die Arbeit wieder auf, nachdem die Unternehmer erklärten, daß sie sich der Auslegung der Unparteilichen über die strittige Lohnfrage fügen werden. Der Beschluß der Unparteilichen über die Auslegung des Berliner Schiedsspruchs ist noch nicht eingetroffen.

Ein Sieg der Solidarität.

Der Streik der Kellner in der Ausstellung München 1908 wurde nach eintägiger Dauer beigelegt. Er endete mit einem vollen Sieg der Kellner. Die Garbenergebühren wurde von 10 auf 5 Pf. ermäßigt, die Benutzung der Klosetts freigegeben und das tägliche Kostgeld von 1 M. auf 1,20 M. erhöht. Zurückgewiesene Speisen müssen am Wästel anstandslos zurückgenommen werden, ebenso muß eine einfache rasche Kontrolle eingeführt werden. Die übrigen Forderungen wurden glatt bewilligt. Die gegen die Kellner gebrauchten beleidigenden Bezeichnungen hat Restaurateur Feilenbach unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen.

Ausland.

In den Kohlenwerken der Donaubauernschiffahrtsgesellschaft beschloßen die Arbeiter, falls die von ihnen verlangte Aufbesserung der Lage nicht gewährt wird, in den Streik zu treten.

700 Porzellanarbeiter in Mehn sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen Erhöhung der Löhne.

Aus der Frauenbewegung.

Die Genossinnen und Genossen werden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß heute abend 8 Uhr in „Friedrichs Theater“, Schönhauser Allee 148 eine Versammlung des „Allgemeinen sozialdemokratischen Wahlvereins“ stattfinden soll. Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Genossinnen!

In der kurzen Zeit, die uns noch vom Wahltermin, dem 3. Juni, trennt, heißt es auch für uns Frauen alle Kräfte aufzubieten, die Gleichgültigen zu wecken, die Abseitsstehenden heranzuziehen.

Der „Allgemeine sozialdemokratische Wahlverein für Berlin und Umgegend“ hält am Montag, den 25. Mai, abends 8½ Uhr, im „Königshof“, Bülowstr. 37, eine Versammlung ab, in der Genossin Mathilde Wurm über das Thema:

„Die Frauen und die Landtagswahlen“

sprechen wird. Gäste sehr willkommen.

Genossinnen! Agitiert für regen Besuch! Beigt durch zahlreiches Erscheinen, daß die Proletarierinnen im Kampfe um die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahrechts an der Seite der Männer ihrer Klasse stehen; zeigt, daß die Frauen politisch reif geworden sind zur politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung.

Die Vertrauensperson.

Bahn frei den Frauen!

In Jastrow i. Westpre. sprach Genosse Crispian in einer von Frauen und Männern besuchten Versammlung am 15. Mai über „den Klassenkampf“. Von den anwesenden Frauen traten zehn am Schluß der Versammlung dem sozialdemokratischen Verein als Mitglieder bei. Die ersten Frauen in Westpreußen, die am Tage, an welchem das Reichsvereinsgesetz in Kraft trat, ihre Bereitwilligkeit bewiesen haben, innerhalb unserer politischen Organisation energischer noch als bisher den Kampf für Frauenrechte zu führen. Wägen sie viele Racheifererinnen finden!

Die gefestigt die moderne Arbeiterbewegung in Jastrow, einem Städtchen mit etwa 8000 Einwohnern, ist, beweist auch das gute Gedeihen des kürzlich gegründeten Konsumvereins. Die Mitglieder des Konsumvereins laufen recht fleißig im bereits eröffneten Geschäft. Alle Vorse wackelt bedenklich. Die Speicher sind entsetzt ob der roten Gefahr, die ihr Städtchen bedroht. Zur Rettung aus allen Nöten ist dann eine Filiale des Reichslägerverbandes mit großem Lamtam eingerichtet worden. Der wird's auch nicht schaffen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 25. Mai, Diskutierabend über den Vortragszyklus zur Geschichte der Frau, abends 8½ Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Gäste willkommen.

Donnerstag, den 28. Mai (Himmelfahrt): Ausflug des Vereins und der Jugendabteilung. Gäste willkommen. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Jungfernheide. Bis 1/11 Uhr Frühstück im „Waldlater“ am Tegeler Weg. Nach 1 Uhr Saatkübel. — Aufenthalt im Restaurant „Blumengarten“. Verbindungen: Stadtbahn Nordring bis Jungfernheide, Elektrische Bahn: Linien 12, 18.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 21. Mai. (B. L. Z.) In der Schießfärberei bei Wannsee, wo vorgestern abend der Chauffeur Emil Richter der Automobilgesellschaft „Komet“ von seinem Fahrgast auf der Fahrt vom Anhalter Bahnhof nach Potsdam durch zwei Schüsse in den Kopf schwer verletzt worden ist, haben die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei ergeben, daß der Attentäter höchstwahrscheinlich mit dem Chauffeur Walter Freil aus Wahren bei Leipzig identisch ist. Das Verbrechen stellt sich als Raubmord dar. Die Spur des Täters ist aufgenommen, die Leipziger Kriminalpolizei verständigt.

Die Eisenbahnkatastrophe von Contich.

Zu dem entsetzlichen Eisenbahn-Zusammenstoß, über den wir bereits an anderer Stelle im heutigen Blatte kurz berichteten, ging uns noch folgendes Telegramm zu:

Brüssel, 21. Mai. Die Eisenbahn-Katastrophe bei Contich erfolgte kurz vor 9 Uhr morgens. Der aus Lüttich kommende Zug war auf ein Nebengleis gebracht worden, um den Eilzug Antwerpen-Brüssel durchzulassen. Als der Eilzug herannahte, versagte die Weiche, und der Zug rannte mit furchtbarer Geschwindigkeit auf den im Gleis stillstehenden Zug. Die vier letzten Wagen dieses Zuges wurden vollständig zertrümmert und die Mehrzahl der Insassen getötet. Unter den verschont gebliebenen Passagieren entstand eine furchtbare Panik, sie beteiligten sich jedoch nach Ueberwindung des ersten Schrecks an den Rettungsarbeiten; es wurden Kisten aus den Wagen zweiter Klasse herbeigeholt und die Verletzten darauf gebettet. Um 11 Uhr waren 30 Tote und 58 Verletzte geborgen. Viele der Getöteten sind Soldaten, die sich nach dem Militärlager in Beverloo begaben, andere sind Hafenarbeiter oder Pilger. Um 11½ Uhr trafen aus Antwerpen 30 Aerzte ein, die den Verletzten die erste Hilfe angeheilen ließen; auch zwei Hilfszüge mit Verbandmaterial waren aus Brüssel und Antwerpen eingetroffen. Nach Anlegung des ersten Verbandes wurden die Verletzten nach Brüssel transportiert; unter ihnen befindet sich auch der Deutsche Hugo Neumann aus Mainz. Unter den Trümmern des Zuges befinden sich noch Leichen und Verwundete. In der Nähe des Ortes der Katastrophe wurden Köpfe, Beine und Arme aufgefunden, die von den Opfern herrühren. Es spielen sich furchtbare Szenen ab, da Familienangehörige der Opfer eingetroffen sind. Der Lokomotivführer und der Heizer des Eilzuges befinden sich unter den Toten. Die Mehrzahl der Leichen ist bis zur Unkenntlichkeit verformt, die Köpfe vieler bilden nur eine blutige Masse. Ein Arbeiter wurde von einem Stück Holz durchbohrt, anderen wurde der Unterleib aufgerissen, so daß die Eingeweide hervortraten. Unter einem Wagen wurde eine abgeschnittene Hand gefunden, deren Finger noch ein abgerissenes Ohr festhielten. ...

Antwerpen, 21. Mai. (B. L. Z.) Nach den neuesten Nachrichten über das Eisenbahnunglück bei Contich beträgt die Zahl der Toten 38, die der Verwundeten 79. Sämtliche Verunglückte sind Belgier, mit Ausnahme eines Verletzten aus Mainz, namens Neumann.

Der Tod „unter Tage“.

Sosnowice, 21. Mai. (B. L. Z.) Gestern abend hat in einer über dem Kohlensticht „Barbara“ gelegenen Bodensenkung angesammeltes Regenwasser sich Bahn in den Schacht gebrochen. Es riß viel Erde mit sich und zerstörte, was sich ihm entgegenstellte. Bis her sind zwei verstümmelte Leichname herbeigezogen, sechs Kohlearbeiter werden vermisst, vier sind verletzt.

Rigoroses Vorgehen der Londoner Polizei.

London, 21. Mai. (B. L. Z.) Heute wurden in der Dartington Street sechs Frauenstimmrechtlerinnen verhaftet, als sie ein Interview mit Asquith zu erlangen suchten, um von ihm ein endgültiges Versprechen zu erhalten in bezug auf die gestern einer Abordnung der Frauenstimmrechtlerinnen gemachten Zusagen über das Frauenstimmrecht. Sie wurden nach dem Polizeigericht gebracht und von diesem zu ein bis drei Wochen Haft verurteilt.

Schwere Gewitter.

Bras, 21. Mai. (B. L. Z.) Bei den schweren Gewittern, die gestern in Nordwestböhmen niedergingen, wurden mehrere Personen durch Blitzschlag getötet. In verschiedenen Orten haben Wollenbrüche eine Anzahl Häuser zum Einsturz gebracht.

Frankfurt a. M., 21. Mai. (B. L. Z.) Heute nachmittags 5½ Uhr ging hier nach drückender Schwüle ein starkes Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und starkem Hagelschlag nieder. Die Hagelkörner erreichten bis zu 1½ Zentimeter in Durchmesser.

Köln, 21. Mai. (B. L. Z.) Ueber das Rheinland ging am Nachmittags ein schweres, stellenweise mit starkem Hagelschlag verbundenes Gewitter nieder. In Köln traf der Blitz die Oberleitung der Straßenbahn, wodurch der Verkehr zeitweise unterbrochen wurde. Das Del- und Fettlager der kölnischen Maschinenöl-Aktiengesellschaft geriet durch Blitzschlag in Brand, der Betrieb wird jedoch weitergeführt.

In der Gegend von Solingen wurden durch das Gewitter Gärten und Feldfrüchte auf weite Strecken vernichtet. In dem tiefer gelegenen Stadtteil Wehersberg mußte die Feuerwehr eingreifen, da durch die riesigen Wassermengen ein von mehreren Familien bewohntes Haus dem Einsturz nahe war. Den Bewohnern konnte nur mit knapper Not das Leben gerettet werden! — Auch in Bieren wurden durch ein Gewitter große Mengen von Feldfrüchten vernichtet.

Lüdenscheid, 21. Mai. (B. L. Z.) Ein starkes Gewitter mit Wollenbruch und Hagel richtete heute hier furchtbaren Schaden an. Die Gasanstalt ist überschwemmt und die Feuer derselben ausgelöscht, so daß die Stadt zwei bis drei Tage ohne Gas ist! Ein Zug der Kleinbahn Lüdenscheid-Altena ist im Schlamm entgleist. Personen sind nicht verletzt. Der Schaden in den Feldern und Gärten ist bedeutend.

Tollwut.

Metel, 21. Mai. (B. L. Z.) Das „Meteler Dampfboot“ melde: Durch einen tollwütigen Hund sind heute hier gegen zehn Personen gebissen worden. Die Verletzungen sind zum Teil schwerer Natur. Alle zehn Personen werden sich morgen früh nach dem Pasteurschen Institut in Berlin begeben. Es heißt, daß das Tier von der russischen Grenze gekommen ist. Es gelang, das Tier, nachdem es noch verschiedenes Vieh angefallen hatte, zu erschließen.

Deutschlands Roheisenerzeugung.

Nach den Zusammenstellungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenproduktion Deutschlands im April d. J. 97837 Tonnen weniger als im gleichen Monat des Jahres 1907. Ein Vergleich mit den Vorjahren ergibt folgendes Bild:

Table with columns: Year, January, February, March, April, January to April. Rows: 1906, 1907, 1908. Production in Tonnes.

Durch die höhere Produktion im Januar und Februar d. J. gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1908 ist die diesjährige Erzeugung trotz des Abflusses in den beiden letzten Monaten immer noch stärker als die vor zwei Jahren. Dagegen ergibt sich für die Periode Januar bis April für das laufende Jahr im Vergleich mit 1907 ein Produktionsausfall von 135 224 Tonnen. Stellt man nur die beiden letzten Monate in Vergleich, dann beträgt der Rückgang dieses Jahres sogar 150 096 Tonnen gleich rund 7 Prozent.

Güterverkehr.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres bewegten sich die Einnahmen aus dem Güterverkehr auf den Eisenbahnen noch in aufstrebender Richtung. In den beiden letzten Monaten ist aber ein Rückgang eingetreten. Es betrug in den einzelnen Monaten die Zunahme der Kilometererinnahme gegenüber dem Vorjahre:

Table with columns: Month, 1908, 1907. Rows: January, February, March, April. Values in Mark and Prozent.

Noch unfreundlicher hat sich der Personenverkehr gestaltet. Für diesen allein ergibt sich für die Periode Januar-April schon eine Mindereinnahme, während der Güterverkehr noch ein Plus aufzuweisen hat. Die Verschiebung des Osterfestes, durch die eine Steigerung des Personenverkehrs im April erhofft wurde, hat die Erwartungen nicht erfüllt; obwohl Ostern in diesem Jahre ganz in den April fiel, im vorigen Jahre aber zum Teil in den März, waren die Einnahmen aus dem Personenverkehr im April doch nur um 1,2 Millionen Mark höher als 1907.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenhublat. Der rechnermäßige Kohlenabgab betrug: im April 1908 bei 24 Arbeitstagen 5 802 334 Tonnen = arbeitsmäßig 220 931 To., im April 1907 bei 24 1/2 Arbeitstagen 5 467 090 To. = arbeitsmäßig 226 615 To., er hat mithin gegen den gleichen Monat des Vorjahres abgenommen insgesamt um 164 756 To., arbeitsmäßig um 5684 To. = 2,51 Proz. Der auf die Beteiligung anzurechnende Kohls- und Erzeletabfah hat betragen: Kohls im April 1908 bei 30 Arbeitstagen insgesamt 842 182 To., arbeitsmäßig 28 072 To., im April 1907 bei 30 Arbeitstagen insgesamt 1 094 863 To., arbeitsmäßig 36 495 To. Wirtlets im April 1908 bei 24 Arbeitstagen insgesamt 251 520 To., arbeitsmäßig 10 480 To., im April 1907 bei 24 1/2 Arbeitstagen insgesamt 214 022 To., arbeitsmäßig 8871 To.

Das Tuch- und Wollstoffgeschäft. Das überaus unglückliche Osterfest in der Bekleidungsbranche hat nach dem „Manufakturist“ die Hoffnungen auf Nachbestellungen von Frühjahrsware zerstört. Die Tuchgroßisten und Konfektionsäre suchen Renouveau-Geschäften in leichteren Geweben durch möglichste Ausnutzung ihrer vorhandenen Vorräte zu vermeiden. Hierdurch werden sowohl die Erzeuger von Tuch- wie von Konfektionsstoffen betroffen, und die damit in Zusammenhang stehende Betriebserschänkung der Tuchfabriken zieht auch die Arbeiter sehr in Mitleidenschaft. Die Verbraucher üben aber auch hinsichtlich der Deckung ihres Winterbedarfes die größte Zurückhaltung, da sie durch die sinkende Tendenz auf dem Kohlfloßmarkt zur Ansicht gebracht werden, bei längerem Zuwarten ihren Bedarf zu noch niedrigeren Preisen decken zu können.

Die wirtschaftliche Depression äußert sich eben zunächst in einer Einschränkung der Kleideranschaffungen in sehr weiten Volkskreisen. Eine für die Tuchfabriken besonders unangenehme Erfahrung besteht darin, daß die Tuchgroßisten und Konfektionsäre sich der Abnahme von Waren aus früheren Abschlüssen vielfach durch Annulierungen, Vermäglichungen der Qualitäten, Farben usw. möglichst zu entziehen trachten, da sie gegenwärtig billiger laufen können und jetzt mehr als früher vor allem auf Wohlfelheit Gewicht gelegt wird — aus demselben Grunde natürlich, aus dem jedermann aus dem Volke sich hinsichtlich des Kleiderbedarfs einschränkt: wegen der allgemeinen Stagnation, die vor allem die große Masse trifft und ihre Konsumfähigkeit zum Schaden für Industrie und Landwirtschaft herabdrückt.

Die reitende Husten. Die von uns schon öfter geschilderte Lage der reinen Werke hat, wie aus dem Industriegebiet berichtet wird, in schon sehr starker Weise auf Fusionen zwischen reinen mit gemischten Werken hingewirkt. Der Not gehörend, nicht dem eigenen Triebe, lassen sich die „reinen“ von den „gemischten“ angliedern, um nicht einfach erdrückt zu werden. Ueber den Anschluß eines der bedeutenden reinen Werke an einen diesen berichtet das „V. Z.“. Danach ist die Fusionierung der Maschinenfabrik Erhardt u. Selmer, W. m. b. H. in Schleismühle, mit der Maschinenfabrik Thysen in Wülheim beschlossene Sache. Die Maschinenfabrik Thysen steht natürlich in intigem Konnex mit den Thysenschen Berg- und Hüttenwerken.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Industrielle Parteistimmen. Von H. Cunow. — Der Fall Behrens. Ein gewerkschaftspolitisches Schulbeispiel. Von Otto Quab. — Alerische Zweiteiligkeit. Von H. Lausenberg. — Der vierte allgemeine Krankenversicherungstag. Von J. Bräutigam. — Der Großkapitalismus in der Elektroindustrie. Von Ingenieur R. Ulrich. — Zeitungskritiken. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Wahre Jacob“ hat seine in den nächsten Tagen erscheinende Nr. 11 vom 24. Jahrgang im wesentlichen der preussischen Landtags- und Wahlgesetzgebung gewidmet. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: Preussische Landtagswahl! Auftreten der zukünftigen „Spezialitäten“ und „Der Wähler erster Klasse“ sowie die Illustrationen: „Ärmliche Wäse“, „Heute auf Nothru“, „Dreiklassenwahl“, „Beamtenkoll“, „Aus Schottlands Schatzkammer“, „Orientalisches vom deutschen Liberalismus“, „Der Hund in der Falle“, „Das verbotene Magdeburger Rasplatz“ (nebst dazu gehörigem Gedicht), „Der agrarisch verbesserte Shakespeare“, „Das Radelgebiet des Patrioten August Drehtopf“, „Ausschluß“, „Gesellschaftliche Formen“, „Aus dem vertriehenen Teil der Kammer erwähnen wir die Gedichte: „Die preussischen Wäler“, „Der Freiwirt“, „Die schließliche Wahlreform“, „Phyl“, „Endlich grundablass“, „Kemenlo —“, „Belohnte Treue“, „Frühjahr Morgen“, „Wasser-Denkmal“, „Herr Rugban“, „Die offene Tür“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Prosa und Prosa noch die größeren satirischen Heftletons: „Die Preußen seine Helden ehrt“, „Von den Parlamenten“, „Rechtspflege“ und die Humoreske „Wie es Paulchen erging“.

Kunstlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Preis: Futur ruhig, Geschäft ruhig, Preise für Reis- und Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Futur ruhig, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Futur ruhig, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Fleisch: Futur ruhig, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise in Butter nachgebend. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur ruhig, Geschäft wenig lebhaft, Preise gedrückt.

feulter sind Seimarbeiter, was besondere Beachtung verdient. Unser Beruf ist mit dem der Lederarbeiter nur sehr weitläufig verwandt. Sie machen das Leder und wie bearbeiten es. Sonst haben wir weiter keine beruflichen Verbindungen miteinander. Ich bin beauftragt, im Namen meiner Organisation mitzuteilen, daß wir im Interesse unserer Kollegen zurzeit mit der Gründung eines Industrieverbandes nicht einverstanden sein können.

Entinger-Berlin, Vorsitzender des Verbandes der Handschuhmacher: Unsere Mitglieder treten für die Gründung eines Lederindustrieverbandes ein. Zunächst fahen wir allerdings nur die Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband ins Auge, da die anderen Verbände eine ablehnende Stellung einnehmen. Die beruflichen Verbindungspunkte sind freilich nicht groß, der Industrieverband wird sich aber sicher trotzdem sehr gut entwickeln. Wir sagen uns, durch eine Verschmelzung kommt neues Leben in die Organisationen und dies liegt im Interesse der Mitglieder.

Hum-Berlin, Vorsitzender des Sattlerverbandes: In unserem Verbands wurde die Verschmelzungsfrage sehr eingehend behandelt. Die Ausführungen des Referenten Christlieb waren nur allgemeiner Natur. Einen Beweis für die Nützlichkeit einer Verschmelzung hat er nicht gebracht. Was Sie schaffen wollen, ist eigentlich gar kein Industrieverband. Unser Verband stellt allein schon einen Industrieverband dar, denn es sind in ihm eine große Reihe verschiedener Branchen vertreten. Man darf hier nicht mit Zahlen operieren, denn die Verhältnisse in den einzelnen Verbänden sind grundverschieden. Die Entwicklung der Unternehmervverbände kann nicht als Maßstab angesehen werden. Unser Zentralvorstand steht der Gründung eines Industrieverbandes abwartend gegenüber. Wenn wir uns verschmelzen, dann doch zunächst mit einem Verbands, mit dem wir berufliche Verbindungspunkte haben. Aber die Mitglieder dieses Verbandes, die Fortseufler, stehen einer Verschmelzung sehr kühl gegenüber. Im Prinzip sind wir für die Gründung des Industrieverbandes.

Von den Delegierten ergriffet Schenke-Brandenburg zuerst das Wort. Er behandelt die Gesichtspunkte, die für die Verschmelzung sprechen und polemisiert dann gegen die Ausführungen der Vertreter der verwandten Berufsverbände.

Mahler-Berlin: Der Zentralvorstand hat nichts unterlassen, was die letzte Generalversammlung verlangt hat. Wir haben vollständig unsere Pflicht erfüllt, wenn wir die Vorstandskonferenz einberufen haben. Sie müssen uns Beamten das Recht lassen, unsere eigene Meinung zu vertreten. Die Grundfrage ist: wollen wir durch eine Verschmelzung bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für unsere Mitglieder erreichen? Die anderen angeführten Punkte sind nicht ausschlaggebend. Die Kosten für das Organ würden wohl relativ vermindert werden, aber wenn der Rebatteur kein Fachmann ist, wird noch weniger als jetzt den Wünschen der Kollegen Rechnung getragen werden können. Wähler beipflichtet dann die Verhältnisse in den großen Industrieverbänden. Die Metallarbeiter und Holzarbeiter haben unter der Krise sehr gelitten. Der Lederarbeiterverband hat aber trotz der Krise eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen gehabt. Es wird gesagt, der Industrieverband ist mächtiger, er kann die Lohnkämpfe gegen das Kapital besser durchführen als ein kleiner Verband. Die Macht des Metallarbeiterverbandes gegen die Metallindustriellen ist aber nicht größer als die Macht unseres Verbandes gegen die Unternehmer in der Lederbranche. In langen weiteren Ausführungen wendet sich Mahler gegen die für die Verschmelzung angeführten Gründe und tritt für eine Abstimmung ein.

3. Verhandlungstag.

Die Diskussion über die Verschmelzungsfrage wird fortgesetzt. Die Gründe für und wider die Verschmelzung werden lebhaft debattiert. Die einen hoffen, daß durch die Gründung eines Industrieverbandes die Organisation aktionsfähiger wird, andere Delegierte meinen, die Bewegungsfreiheit der einzelnen Branchen werde bei einer Verschmelzung beschränkt. Die Mehrzahl der Redner ist für die Verschmelzung.

Hanus-Wien, Vertreter des österreichischen Lederarbeiterverbandes, beipflichtet die Verhältnisse in Oesterreich. Die Beschlüsse der Generalversammlung in der Verschmelzungsfrage werden auch eine Wirkung in Oesterreich ausüben. Wenn die Verfechter der Verschmelzung ebenso viel sachhaltige Gründe wie Energie hätten, wäre die Gründung eines Industrieverbandes schon eine beschlossene Sache. In einem Industrieverbande könne den einzelnen Branchen nicht weitgehend genug Rechnung getragen werden. Der Verband der Lederarbeiter solle sich auf seine eigene Kraft verlassen, dann werde er besser fahren. Er, Redner, könne die Verschmelzung nicht empfehlen.

Ein Schlußantrag macht der Debatte ein Ende. Die Vertreter der einzelnen Verbände erhalten das Schlußwort. Dann wird die Verschmelzung nur mit den Handschuhmachern beraten. Mahler-Berlin macht dazu einleitend kurze Ausführungen. Der Zentralvorstand wolle der Generalversammlung die Entscheidung überlassen. Einer Verschmelzung nur mit den Handschuhmachern stehe er kühl gegenüber. Da mühte er dieselbe Stellung einnehmen, die die Schuhmacher gegenüber der Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband einnehmen. Bei einer Verschmelzung würden für die Lederarbeiter keine Vorteile herauskommen. Die Verbandsbeiträge mühten dann erhöht werden.

Entinger-Berlin, Vertreter des Handschuhmacherverbandes, geht auf die Verhältnisse in seiner Organisation ein und plädiert für die Verschmelzung. Sein Verband habe die Abstimmung hinausgeschoben, bis die Lederarbeiter endgültige Beschlüsse gefaßt haben; er bitte, eine Entscheidung baldigst herbeizuführen.

Die Diskussion über diese Frage ist sehr eingehend. Die Mehrzahl der Redner ist für die Verschmelzung mit den Handschuhmachern, Vorstandsmglieder sprechen dagegen. Es wird dann zur namentlichen Abstimmung geschritten und mit 19 gegen 12 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Es ist sofort nach der Generalversammlung eine Abstimmung im Lederarbeiterverbande behufs Verschmelzung zum Industrieverband vorzunehmen. Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, an die Vorstände der anderen Verbände heranzutreten, um eine gleiche Abstimmung in diesen Organisationen herbeizuführen. Von den Verbänden, in welchen sich die Majorität der Abstimmenden für den Zusammenschluß erklärt, ist eine Konferenz einzuberufen, auf welcher die notwendigen Vorarbeiten zu einer endgültigen Verschmelzung zu erledigen sind.“

Die Generalversammlung wählt eine Kommission, die zusammen mit dem Zentralvorstand an der Konferenz teilnimmt. Nachdem die Konferenz ihre Vorarbeiten beendet hat, ist eine gemeinschaftliche Generalversammlung derjenigen Verbände einzuberufen, die an der Vorbereitungs-konferenz teilgenommen haben, um endgültig das Statut für den Lederarbeiterindustrieverband festzusetzen.

Die Minorität hatte eine Resolution eingebracht, wonach allen in Betracht kommenden Verbänden empfohlen wird, noch in diesem Jahre in den Mitglieder-versammlungen die Vorteile und Nachteile der Verschmelzung zu diskutieren und dann eine Abstimmung herbeizuführen.

Die Verhandlungen werden vertagt.

Verbandstag der Stukkateure.

Nürnberg, 20. Mai.

Aus der sehr regen Debatte über die Frage der Erwerbslosenunterstützung ist folgendes zu erwähnen:

Krebs-Berlin meint, es würde für den Verband eine historische Tat bedeuten, wenn er sich zu diesem Schritte entschließen könnte. Ein Fortschritt in den Anschauungen hierüber habe sich schon in den von den Filialen zum Verbandstag gestellten Anträgen zu erkennen. Man solle sich, unbekümmert um

andere Vaußerufe, auf eigene Fäße stellen. Man solle sich in prinzipieller Abstimmung möglichst einstimmig für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung erklären. Redner befürwortet die Ausdehnung der Unterstützung auf 60 Tage bei 12tägiger Karenzzeit. Die logische Folge eines solchen Schrittes werde freilich sein, daß ein kleiner Teil der Mitglieder abfallen wird, sie werden aber wiederkommen, wenn sie sehen, daß die Sache ihre guten Seiten hat.

Ramke-Hamburg teilt mit, daß der Vorschlag des Hauptvorstandes in der dortigen Filiale einstimmige Zustimmung gefunden habe, während die Hamburger früher Gegner der Erwerbslosenunterstützung waren. Er wünsche, daß überall dieser Anschauung der Anschauungen stattgefunden habe. Selbstverständlich sei, daß damit auch der Arbeitsnachweis durchgeführt werden müsse. Auf die staatliche Regelung der Arbeitslosgenerierung, von der die Rede gewesen, sei nicht zu rechnen, da der Staat vom Kapitalismus regiert werde, der ein lebhaftes Interesse daran habe, sich in den Arbeitslosen eine willige Reservearmee zu erhalten, die ihm die Gewähr biete, daß die Löhne nicht zu hoch kommen.

Sittenfeld-Hamburg betrachtet die Sache als eine reine Zweidrittelmehrheitsfrage: wie erhalten wir unsere Mitglieder in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges? Er befürwortet eine vorläufige Unterstützungsdauer von 48 Tagen und erwartet von der Einführung dieses Unterstützungszweiges eine Abnahme der Fluktuation.

Hoppen-Düsseldorf erklärt sich als entschiedener Gegner des Antrages schon aus dem Grunde, weil der Verband eine Arbeiterorganisation ist. Die nötigen Kosten könnten in der Zeit der Krise nicht aufgebracht werden. Die erwartete Stärkung der Mitgliederzahl werde in das Gegenteil umschlagen. Andere Verbände liefern den Beweis, daß die Fluktuation bei der Arbeitslosenunterstützung fast genau dieselbe ist wie sonst. Auf die vom Verband ausgenommene und der Vorlage zugrunde gelegte Statistik lasse sich nicht bauen.

Hugger-Freiburg i. Br. erklärt, seine Filiale sei gegen die Einführung, er selbst aber habe sich von der Notwendigkeit überzeugen lassen und werde für den Antrag stimmen.

Eberwein-Mannheim bemerkt, er sei kein Gegner der Arbeitslosenunterstützung; wenn sie bestünde, würden viele Tarifbrüche nicht vorkommen, doch müsse zuvor erst der Verband noch weiter ausgebaut werden.

Giebler-Hamburg führt gegenüber Hoppen aus, die Statistik male die Verhältnisse schwärzer als sie sind. Die Durchführung der Erwerbslosenunterstützung soll man sich doch nicht so schwer vorstellen.

Frech-Riel, Bengels-Berlin, Herm-Hamburg erklären sich für, Freider-Krefeld, Haih-Dürmersheim u. a. gegen den Antrag. Der Verbandsvorsitzende Odenthal führt aus, man dürfe sich freuen, daß noch kein einziger Gegner auf den allen Einmünd zurückgekommen sei, daß sich die Arbeitslosenunterstützung mit dem Charakter der gewerkschaftlichen Organisation nicht vertrage. Das sei schon ein bedeutender Fortschritt. Heute spreche alles für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die ganze Sachlage ist derart, daß den Kollegen die Annahme empfohlen werden muß, man würde geradezu die Organisation schädigen, wenn man sich auch diesmal mit einer platonischen Liebeserklärung begnügen würde.

Fuhrmann-Barmen: Eberfeld und Barmen stehen der Frage im Grunde sympathisch gegenüber; sie halten die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für notwendig, aber auf der anderen Seite befürchten sie eine schwere Schädigung der Organisation, da viele Mitglieder austreten und zu den Christlichen übergehen würden. Aus diesem Grunde lehne er die Vorlage ab.

Ranger-Arnsdorf ist Anhänger der Arbeitslosenunterstützung, aber es liege nicht alles so, wie es hier geschildert wurde. Die Befürworter des Antrages hätten viel Zukunftsmuß getrieben, die Statistiken seien zu rosig gefärbt. Redner tritt dafür ein, die Sache durch eine Abstimmung entscheiden zu lassen.

Schäfer-Leipzig bekennt sich als alter Freund der Arbeitslosenunterstützung; hier aber müsse der Schritt überlegt werden. Auch er tritt für Entscheidung durch Abstimmung ein, wobei mindestens eine Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben werden müsse.

Der Vertreter der Generalkommission, Kube-Berlin, teilt nicht die Befürchtung, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder infolge Einführung der Erwerbslosenunterstützung zurücktreten werde, und verweist auf den Verband der Zimmerer, wo die Entwicklung dieser Frage fast genau dieselbe gewesen sei wie bei den Stukkateuren. Bei der Einführung habe der Verband 27 000 Mitglieder gehabt, jetzt seien es 52 000. Die Frage einer Abstimmung zu unterstellen, könne er nicht empfehlen. Durch den Ausbau des Unterstützungswesens werde die Solidarität gesteigert.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion erklären sich die Delegierten von Mannheim, Nürnberg, Essen, Frankfurt a. M. und Erlangen gegen die Einführung, während andere Redner sich für einen von Naues-Düsseldorf gestellten Antrag erklären, wonach die Erwerbslosenunterstützung erst am 1. April 1910 in Kraft treten und die erhöhte Beitragszahlung für diesen Unterstützungszweig ab 1. April 1909 erfolgen soll.

Der Antrag auf Entscheidung durch Abstimmung wird per Affirmation abgelehnt.

Die Abstimmung über die übrigen Anträge erfolgt namentlich. Mit 24 gegen 21 Stimmen entscheidet sich der Verbandstag für die Frage, ob die

Erwerbslosenunterstützung

überhaupt eingeführt werden soll. Abgelehnt wird der Antrag des Hauptvorstandes, nach dem die Einrichtung schon am 1. Juni in Kraft treten soll, mit 29 gegen 18 Stimmen, desgleichen mit 31 gegen 14 Stimmen der Antrag Krebs-Berlin, der verlangt, daß die Beitragszahlung am 1. Oktober 1908 und die Auszahlung der Unterstützung am 1. Oktober 1909 beginne, dagegen wird der Antrag Naues-Düsseldorf, der den Beginn der erhöhten Beitragszahlung auf den 1. April 1909 und den der Unterstützung auf den 1. April 1910 festsetzt, mit 41 gegen 4 Stimmen angenommen. Eine Kommission von fünf Mitgliedern, deren Beratungen zwei Mitglieder des Hauptvorstandes amohnen, wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Es folgt die Beratung der

Reiseunterstützung.

Hierzu werden folgende Änderungen des Statuts beschlossen: Jedes Mitglied hat sich sofort nach Ankunft in einer Filiale beim Nachweis oder beim Kassierer zu melden, widrigenfalls er jedes Unterstützungsanspruch verliert. Je nach den örtlichen Verhältnissen erhält jedes Mitglied, ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft, ein oder zwei Nächte Logis. Die Reiselegitimationen werden abgeschafft, dafür wird ein einheitliches Verbandsbuch gegeben, das für einen mehrere Verbandstage umfassenden Zeitraum ausreicht. Als Reiseunterstützung werden pro Kilometer 2 Pf. gewährt, jedoch von einer Filiale zur anderen nur für 150 Kilometer. Diese Beschränkung gilt für diejenigen Orte nicht, in denen die Entfernung von der nächstgelegenen Filiale über 150 Kilometer beträgt. Die Streikenden, die vom Orte des Streiks abreisen, erhalten die Reiseunterstützung. Angenommen wird auch ein Antrag Thielberg: Die Gesamtheit der in einem Jahre (52 aufeinanderfolgenden Wochen) zu erhebenden Reiseunterstützung darf den in § 11 vorgeschriebenen Betrag nicht übersteigen, es darf daher ein Mitglied nur dann Reiseunterstützung beziehen, wenn, vom jeweiligen Erhebungstage 52 Wochen zurückgerechnet, die Jahressumme in diesem Jahre (52 Wochen) nicht voll erhoben ist.

Die Steuerunterstützung wird, nachdem der Vorstand seine Anträge hierzu zurückgezogen hat, wie bisher belassen, nur wird ein Antrag Berlin angenommen, der die bisherige Fassung verbessert.

Es folgt nunmehr die Beratung der Anträge zur Streikunterstützung.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnensir. Kottbuser Damm
Freitag, Sonnabend — Sowie Vorrat

Frischer Spargel Pfd. **20, 28, 40** Pf.
Zitronen Dutzend **25, 35** Pf.
Grosse grüne Gurken Stück **25** Pf.
Puddingpulver Pack **6** 5 Pack **28** Pf.
Kimbeer- od. Kirschsafft 1/2 Flasche **45** 1/1 Flasche **88** Pf.

Einzelverkauf an Private

Begründet 1873. **Spezial-Hut-Engroslager**
v. Filz-, Stroh- u. Zylinderhüten, Chapeau claque, neueste Moden zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen.
Endet nach wie vor statt im **Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.**

Neuestes Teilzahl-Geschäft für **Brennabor-Räder!**
Rein Baden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., **Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.**

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Ihr Gewicht wert in Gold, trotzdem **10 St. nur 30 Pfg.**

Macht das schmutzigste Metall spiegelblank und schmiert nicht.

Nur echt mit Schutzmarke „KAOL“

In Glas- u. Blech-Flaschen à 10, 20, 30 und 50 Pf. Ueberall zu haben. Fabrik Lubszynski & Co., Berlin NO.

Ein Triumph der Zigaretten-Fabrikation!

Selowsky's Caruso Zigaretten

nur 3 Pf. per Stück!

Wahlrechtsliteratur.

Sie empfehlen folgende, den Wahlrechts- und Wahlkampfs betreffende Schriften:

Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament.
:: Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908. Preis 50 Pf.

Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage.
Aus den Verhandlungen des Deutschen Reichstages vom 22. Januar 1908. Preis 20 Pf.

Preussischer Wahlrechtshandbuch
von Paul Göhre, Prediger a. D.

Der preussische Befreiungskrieg.
Ein Mahnwort an die Landtagswähler Preussens. Preis 20 Pf.

Unter dem elendesten aller Wahlsysteme.
:: Materialien zur Beurteilung der politischen Rechtslosigkeit :: der Arbeiterklasse in Preussen. Preis 1.50 M.

Die preussischen Landtagswahlen.
Von Dr. Leo Arons.
Die gesetzlichen Bestimmungen nebst Erläuterungen. Preis 20 Pf.

Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung.
Materialien zur Beurteilung der volksfeindlichen Politik des preussischen Dreiklassenparlamentes. Preis 20 Pf.

Der preussische Volksschulgesetz-Entwurf.
Materialien zu seiner Beurteilung. Preis 20 Pf.

Der Zukunftsstaat der Junker.
Mantuffeleien gegen die Sozialdemokratie im preuss. Herrenhause am 11. und 13. Mai 1904.
Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner. Preis 20 Pf.

Zur Frage des Frauenwahlrechts
von Klara Zetkin.
Bearbeitet nach dem Referat auf der Konferenz sozialistischer Frauen in Mannheim. Billige Ausgabe 50 Pf.

Der preussische Landtag.
Handbuch für preussische Landtagswähler.
Herausgegeben von P. Hirsch. Preis brosch. 5 M., geb. 6 M.

Die schwere Benachteiligung der volkreichsten Landesteile Preussens bei den Landtagswahlen.
Mit fünf graphischen Tableaus von Prof. R. Siegfried.
Eine Quelle reichen statistischen Materials. Preis 1 M.

Expedition des Vorwärts. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

HERREN KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison
Ihre ich das laufende Publikum zur Befestigung mein in großer Auswahl u. nur aus Neuesten besteh. Warenlagers in Herren- u. Knaben-Garderoben ergeben ein. Besichtigung ohne Kaufzwang.
Mein seit 1888 als recht bekanntes unter der Firma

Heinrich Ferester

bestehendes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft, welches sich nach wie vor nur allein

Reinickendorfer Straße
vis-à-vis der Dankeskirche, neben der Markthalle am Beddingplatz befindet.

bietet d. tausenden Publikum Schutz vor Uebervorteilung, denn

Der Verkauf der Herren- und Knaben-Garderoben geschieht zu den denkbar billigsten, aber streng festen Preisen.

Jeder Gegenstand ist mit festgedrucktem, für jeden Käufer sichtbarem Verkaufspreis deutlich versehen.

Kein Vorschlag! Kein Abhandeln! Keine Uebervorteilung!
Lieferant des Rabat-Spar-Vereins „NORDEN“.

Landparzellen!
Vorort-Verkehr Ostbahn.
Vorzüglicher Gartenboden, kein Sumpfland, keine Vergiftung, Strohenland gratis. Monatliche Teilzahlung von 10-20 M. Mann, Frau u. Kind können Landbesitzer werden. Scholz, Berlin, Gubener Str. 34 I, Ecke Warschauer Straße, od. Sonntagspunkt im Rest. Maleszka, Langestr. 46. Früh 9^{1/2} und 2 Uhr nachm. Fahrt zur Besichtigung der Parzellen. 21465

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, sehr einseitigen.

Monopoldaunen

(schon geschätzt) Pfund 2,55.
2-4 Pfund genügen 1 gr. Oberbett.
Best. geg. Nachnahme, Verpackung frei.

Gustav Lustig
Berlin S. 390 Prinzenstr. 46
Gedriges Weißbier-Exportgeschäft Deutschlands.

Auf Teilzahlung
Wöchentlich nur 1 Mark!
Große Auswahl Uhren, Goldwaren jeder Art, Zithern, Phonographen, Grammophone, Musikwerke usw.
Verkauf von prima Platten und Walzen.

Jahre & König, ich
Straßen 68, 1. Etage, und Reinickendorfer Straße 101, 1. Etage.

6 Monats-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße 6

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchansätze, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

„Problem“

überall zu haben.

Kein Streik.

Keine Arbeiterdifferenzen.

Cigarrettenfabrik „Problem“.

Inh. Adolf **Kohl** !!! Ev. Ohne Anzahlung!!!
Herren-Anzüge, Sommer-Paletots, 50 Pf. wöchentlich an.
u. andere Gebrauchsgegenstände.
Kohl & Reimann, Tresckowstr. 14, II. Direkt am Wörther Platz
!! Bitte genau auf Hausnummer 14 zu achten !!

Nur für Zigarrenhändler
billigste Einkaufsquelle
von Zigarren, Zigaretten und Tabaken.
Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen.
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, dicht am Alexanderplatz.
Telephon: Amt VII, 3047.

14. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterle.

Ziehung vom 21. Mai 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

150587 84 77 88 89 [5000] 754 822 88 [5000] 85

151117 458 [5000] 82 84 812 954 970 152094 [5000] 293 [500] 85 285 44 [1000] 847 84 823 702 72 83 85 153137 [500] 40 [1000] 42 565 606 223 71 154548 84 424 718 887 966 [1000] 155022 501 465 504 607 73 867 156218 329 [500] 717 48 867 924 83 157283 812 78 488 [1000] 690 845 158115 402 159276 234 535 615 700 160147 252 532 513 879 545 161106 22 99 848 462 513 891 291 162003 325 40 404 [500] 504 827 52 163165 806 [1000] 710 11 98 910 18 164114 32 252 [500] 217 443 83 894 788 [500] 82 165207 179 93 [500] 229 626 790 166320 507 30 642 64 70 796 987 [1000] 167109 270 330 [500] 52 [5000] 409 858 907 168409 99 662 80 722 824 [500] 169667 68 163 [1000] 268 82 [500] 94 879 758 [500] 170450 172441 227 63 66 581 67 260 [1000] 266 567 [500] 684 960 172441 227 63 66 581 67 260 [1000] 266 567 140 [500] 91 425 603 725 32 174050 715 [500] 890 175881 283 565 827 707 44 71 933 176008 15 30 100 93 841 403 83 657 [500] 704 91 [500] 828 964 177058 202 57 803 400 5 [500] 833 178103 320 414 287 986 179044 80 273 260 778 831 943 180110 838 881 866 [1000] 181042 889 [500] 558 761 63 879 182185 710 845 [1000] 948 183069 500 519 620 51 184144 80 309 400 516 11 690 32 185242 420 91 557 732 [1000] 40 528 43 45 186183 267 364 445 [1000] 881 323 187404 817 [500] 934 188012 13 254 324 508 57 [500] 822 83 189080 227 434 655 861 [3000] 190242 451 84 [1000] 443 93 877 191041 150 279 371 407 546 659 829 943 80 [500] 192128 477 725 99 193051 [500] 235 42 817 [500] 472 81 37 508 93 624 863 86 [500] 89 919 194107 15 [1000] 50 87 99 500 479 438 780 870 960 91 195048 208 90 [500] 318 474 884 196197 207 86 354 [1000] 430 85 229 827 737 809 197611 777 811 198065 87 112 85 263 428 693 242 199015 370 374 203 721 53 823 200 715 224 425 48 [1000] 874 85 692 201266 465 717 650 22 78 708 8 21 [5000] 202049 [1000] 813 627 608 13 203122 79 [5000] 414 45 879 908 204013 34 196 306 483 508 618 43 777 928 99 205078 170 448 758 828 72 206347 411 83 865 207017 [500] 440 71 801 718 810 65 208026 294 332 66 623 794 860 981 209122 263 328 227 210329 542 76 [500] 828 809 211001 90 430 42 887 32 44 70 879 805 212032 1500 [500] 244 329 39 475 706 36 517 213300 61 68 241 151 963 94 214059 288 [500] 301 425 822 [500] 54 78 722 79 868 [1000] 71 909 215012 94 [500] 124 63 [1000] 254 82 263 73 857 216884 [500] 637 720 884 85 974 217147 59 807 744 [500] 49 893 36 [1000] 218081 133 489 [500] 600 219228 50 844 820 [1000] 37 220232 684 989 21 221008 423 222623 679 789 [500] 222239 80 241 438 586 74 [500] 663 778 824 900 22 224001 [500] 88 183 99 242 524 748 579 225094 111 38 301 [1000] 411 226930 447 582 810 78 830 227374 476 546 72 981 228141 65 80 468 504 886 782 928 229235 497 230087 403 507 728 231006 78 155 213 800 446 [500] 751 829 232106 [500] 95 415 31 33 [1000] 233004 158 96 306 315 78 803 700 70 [500] 864 [500] 864 38 70 [500] 234120 [500] 455 551 774 846 931 [500] 42 235007 405 37 78 772 749 800 318 65 [500] 236315 [500] 478 713 886 825 [500] 237408 130 37 507 540 29 238119 226 [500] 42 319 32 601 719 39 [500] 61 887 900 239071 111 66 508 78 821 933 [500] 240 241 252 261 270 279 288 297 306 315 324 333 342 351 360 369 378 387 396 405 414 423 432 441 450 459 468 477 486 495 504 513 522 531 540 549 558 567 576 585 594 603 612 621 630 639 648 657 666 675 684 693 702 711 720 729 738 747 756 765 774 783 792 801 810 819 828 837 846 855 864 873 882 891 900 909 918 927 936 945 954 963 972 981 990 999 1000 1001 1002 1003 1004 1005 1006 1007 1008 1009 1010 1011 1012 1013 1014 1015 1016 1017 1018 1019 1020 1021 1022 1023 1024 1025 1026 1027 1028 1029 1030 1031 1032 1033 1034 1035 1036 1037 1038 1039 1040 1041 1042 1043 1044 1045 1046 1047 1048 1049 1050 1051 1052 1053 1054 1055 1056 1057 1058 1059 1060 1061 1062 1063 1064 1065 1066 1067 1068 1069 1070 1071 1072 1073 1074 1075 1076 1077 1078 1079 1080 1081 1082 1083 1084 1085 1086 1087 1088 1089 1090 1091 1092 1093 1094 1095 1096 1097 1098 1099 1100 1101 1102 1103 1104 1105 1106 1107 1108 1109 1110 1111 1112 1113 1114 1115 1116 1117 1118 1119 1120 1121 1122 1123 1124 1125 1126 1127 1128 1129 1130 1131 1132 1133 1134 1135 1136 1137 1138 1139 1140 1141 1142 1143 1144 1145 1146 1147 1148 1149 1150 1151 1152 1153 1154 1155 1156 1157 1158 1159 1160 1161 1162 1163 1164 1165 1166 1167 1168 1169 1170 1171 1172 1173 1174 1175 1176 1177 1178 1179 1180 1181 1182 1183 1184 1185 1186 1187 1188 1189 1190 1191 1192 1193 1194 1195 1196 1197 1198 1199 1200 1201 1202 1203 1204 1205 1206 1207 1208 1209 1210 1211 1212 1213 1214 1215 1216 1217 1218 1219 1220 1221 1222 1223 1224 1225 1226 1227 1228 1229 1230 1231 1232 1233 1234 1235 1236 1237 1238 1239 1240 1241 1242 1243 1244 1245 1246 1247 1248 1249 1250 1251 1252 1253 1254 1255 1256 1257 1258 1259 1260 1261 1262 1263 1264 1265 1266 1267 1268 1269 1270 1271 1272 1273 1274 1275 1276 1277 1278 1279 1280 1281 1282 1283 1284 1285 1286 1287 1288 1289 1290 1291 1292 1293 1294 1295 1296 1297 1298 1299 1300 1301 1302 1303 1304 1305 1306 1307 1308 1309 1310 1311 1312 1313 1314 1315 1316 1317 1318 1319 1320 1321 1322 1323 1324 1325 1326 1327 1328 1329 1330 1331 1332 1333 1334 1335 1336 1337 1338 1339 1340 1341 1342 1343 1344 1345 1346 1347 1348 1349 1350 1351 1352 1353 1354 1355 1356 1357 1358 1359 1360 1361 1362 1363 1364 1365 1366 1367 1368 1369 1370 1371 1372 1373 1374 1375 1376 1377 1378 1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387 1388 1389 1390 1391 1392 1393 1394 1395 1396 1397 1398 1399 1400 1401 1402 1403 1404 1405 1406 1407 1408 1409 1410 1411 1412 1413 1414 1415 1416 1417 1418 1419 1420 1421 1422 1423 1424 1425 1426 1427 1428 1429 1430 1431 1432 1433 1434 1435 1436 1437 1438 1439 1440 1441 1442 1443 1444 1445 1446 1447 1448 1449 1450 1451 1452 1453 1454 1455 1456 1457 1458 1459 1460 1461 1462 1463 1464 1465 1466 1467 1468 1469 1470 1471 1472 1473 1474 1475 1476 1477 1478 1479 1480 1481 1482 1483 1484 1485 1486 1487 1488 1489 1490 1491 1492 1493 1494 1495 1496 1497 1498 1499 1500 1501 1502 1503 1504 1505 1506 1507 1508 1509 1510 1511 1512 1513 1514 1515 1516 1517 1518 1519 1520 1521 1522 1523 1524 1525 1526 1527 1528 1529 1530 1531 1532 1533 1534 1535 1536 1537 1538 1539 1540 1541 1542 1543 1544 1545 1546 1547 1548 1549 1550 1551 1552 1553 1554 1555 1556 1557 1558 1559 1560 1561 1562 1563 1564 1565 1566 1567 1568 1569 1570 1571 1572 1573 1574 1575 1576 1577 1578 1579 1580 1581 1582 1583 1584 1585 1586 1587 1588 1589 1590 1591 1592 1593 1594 1595 1596 1597 1598 1599 1600 1601 1602 1603 1604 1605 1606 1607 1608 1609 1610 1611 1612 1613 1614 1615 1616 1617 1618 1619 1620 1621 1622 1623 1624 1625 1626 1627 1628 1629 1630 1631 1632 1633 1634 1635 1636 1637 1638 1639 1640 1641 1642 1643 1644 1645 1646 1647 1648 1649 1650 1651 1652 1653 1654 1655 1656 1657 1658 1659 1660 1661 1662 1663 1664 1665 1666 1667 1668 1669 1670 1671 1672 1673 1674 1675 1676 1677 1678 1679 1680 1681 1682 1683 1684 1685 1686 1687 1688 1689 1690 1691 1692 1693 1694 1695 1696 1697 1698 1699 1700 1701 1702 1703 1704 1705 1706 1707 1708 1709 1710 1711 1712 1713 1714 1715 1716 1717 1718 1719 1720 1721 1722 1723 1724 1725 1726 1727 1728 1729 1730 1731 1732 1733 1734 1735 1736 1737 1738 1739 1740 1741 1742 1743 1744 1745 1746 1747 1748 1749 1750 1751 1752 1753 1754 1755 1756 1757 1758 1759 1760 1761 1762 1763 1764 1765 1766 1767 1768 1769 1770 1771 1772 1773 1774 1775 1776 1777 1778 1779 1780 1781 1782 1783 1784 1785 1786 1787 1788 1789 1790 1791 1792 1793 1794 1795 1796 1797 1798 1799 1800 1801 1802 1803 1804 1805 1806 1807 1808 1809 1810 1811 1812 1813 1814 1815 1816 1817 1818 1819 1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1827 1828 1829 1830 1831 1832 1833 1834 1835 1836 1837 1838 1839 1840 1841 1842 1843 1844 1845 1846 1847 1848 1849 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1860 1861 1862 1863 1864 1865 1866 1867 1868 1869 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1879 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1887 1888 1889 1890 1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909 1910 1911 1912 1913 1914 1915 1916 1917 1918 1919 1920 1921 1922 1923 1924 1925 1926 1927 1928 1929 1930 1931 1932 1933 1934 1935 1936 1937 1938 1939 1940 1941 1942 1943 1944 1945 1946 1947 1948 1949 1950 1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369 2370 2371 2372 2373 2374 2375 2376 2377 2378 2379 2380 2381 2382 2383 2384 2385 2386 2387 2388 2389 2390 2391 2392 2393 2394 2395 2396 2397 2398 2399 2400 2401 2402 2403 2404 2405 2406 2407 2408 2409 2410 2411 2412 2413 2414 2415 2416 2417 2418 2419 2420 2421 2422 2423 2424 2425 2426 2427 2428 2429 2430 2431 2432 2433 2434 2435 2436 2437 2438 2439 2440 2441 2442 2443 2444 2445 2446 2447 2448 2449 2450 2451 2452 2453 2454 2455 2456 2457 2458 2459 2460 2461 2462 2463 2464 2465 2466 2467 2468 2469 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2477 2478 2479 2480 2481 2482 2483 2484 2485 2486 2487 2488 2489 2490 2491 2492 2493 2494 2495 2496 2497 2498 2499 2500 2501 2502 2503 2504 2505 2506 2507 2508 2509 2510 2511 2512 2513 2514 2515 2516 2517 2518 2519 2520 2521 2522 2523 2524 2525 2526 2527 2528 2529 2530 2531 2532 2533 2534 2535 2536 2537 2538 2539 2540 2541 2542 2543 2544 2545 2546 2547 2548 2549 2550 2551 2552 2553 2554 2555 2556 2557 2558 2559 2560 2561 2562 2563 2564 2565 2566 2567 2568 2569 2570 2571 2572 2573 2574 2575 2576 2577 2578 2579 2580 2581 2582 2583 2584 2585 2586 2587 2588 2589 2590 2591 2592 2593 2594 2595 2596 2597 2598 2599 2600 2601 2602 2603 2604 2605 2606 2607 2608 2609 2610 2611 2612 2613 2614 2615 2616 2617 2618 2619 2620 2621 2622 2623 2624 2625 2626 2627 2628 2629 2630 2631 2632 2633 2634 2635 2636 2637 2638 2639 2640 2641 2642 2643 2644 2645 2646 2647 2648 2649 2650 2651 2652 2653 2654 2655 2656 2657 2658 2659 2660 2661 2662 2663 2664 2665 2666 2667 2668 2669 2670 2671 2672 2673 2674 2675 2676 2677 2678 2679 2680 2681 2682 2683 2684 2685 2686 2687 2688 2689 2690 2691 2692 2693 2694 2695 2696 2697 2698 2699 2700 2701 2702 2703 2704 2705 2706 2707 2708 2709 2710 2711 2712 2713 2714 2715 2716 2717 2718 2719 2720 2721 2722 2723 2724 2725 2726 2727 2728 2729 2730 2731 2732 2733 2734 2735 2736 2737 2738 2739 2740 2741 2742 2743 2744 2745 2746 2747 2748 2749 2750 2751 2752 2753 2754 2755 2756 2757 2758 2759 2760 2761 2762 2763 2764 2765 2766

Sonntag, den 24. Mai, von 8 Uhr früh an:

Flugblatt-Verbreitung

(mit Ausschluß von Ober- und Niederbarnim) von den bekannten Stellen aus.

Parteigenossen, tut Eure Pflicht!

Zur Landtagswahlbewegung.

Teltow.

Die Konservativen und der Pöbel.

In einer Wahlversammlung, die die Sozialliberalen am Dienstag, den 19. Mai in Teltow veranstalteten, trat in der Diskussion ein gewisser Herr Schneider aus Groß-Niederfelde auf, um sich für die konservativen Kandidaten Felsch und Hammer einzusetzen.

In seinem Schlussworte nagelte der Referent Dr. Breitfeld diese Charakteristik des Reichstagswahlrechts und gleichzeitig der breiten Massen des deutschen Volkes gebührend fest.

Steglich. Bündnis der Dunkelmänner. Der Bezirkswahlverein der Zentrumspartei für Steglich und Umgebung hat in einer stark besuchten Versammlung den Beschluß gefaßt, bei den bevorstehenden Landtagswahlen für die Kandidaten der konservativen Partei einzutreten.

Schmargendorf. Am Dienstag sprach hier vor einer gut besuchten öffentlichen Urwählerversammlung Genosse Vorwardt über die bevorstehenden Landtagswahlen.

Nieder-Schöneweide. In einer öffentlichen Urwählerversammlung, in welcher der Genosse Bengsch in eingehender Weise nochmals über die Wahltechnik im Besonderen wie über die Landtagswahlen im allgemeinen referierte, wurden die vom Wahlkomitee in Vorschlag gebrachten Wahlmännerkandidaten von der Versammlung einstimmig anerkannt.

Ober- und Nieder-Barnim.

Pankow. Die Einsichtnahme in die Abteilungslisten kann nur noch heute in Rathause in den üblichen Büreaustunden erfolgen.

Auf die einzelnen Klassen entfällt folgende Wählerzahl: Die 1. Klasse umfaßt 274, die 2. 1290 und die 3. Klasse 6768 Wähler. Dennoch verhält sich die Stimmkraft der erstklassigen Wähler zu derjenigen der Wähler der 2. resp. 3. Klasse wie 24,6 zu 4,7 zu 1.

Strolach. In einer von 200 Personen besuchten Urwählerversammlung referierte in der „Alten Laverne“ Genosse Bräuner über die Landtagswahl. Eine Diskussion schloß sich den anderthalbstündigen, inhaltreichen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen nicht an.

Friedrichsfelde. Die Landtagswahlen 1908 behandelte Genosse Stadthagen in einer am Dienstag stattgefundenen Volksversammlung. Redner übte in seinem zweistündigen Vortrage eine scharfsinnige Kritik an dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht sowohl wie an der gesamten preussischen Politik.

Frederdsdorf. Am Sonntag, den 17. d. M., fand im Lokal von Max Birke eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stadthagen über die preussischen Landtagswahlen referierte.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Anläßlich der bevorstehenden Ausflüge nach dem Spreewald erlauben wir die Parteigenossen, Vereine, Klubs und Gesellschaften, sich vor Arrangierung derartiger Partien recht frühzeitig mit folgenden Genossen in Verbindung zu setzen: Gustav Jachow, Kottbus, Klosterstr. 66 II, und August Rajchows, Lützenau, Färbergasse 60.

weisen wollen wir noch, daß im Spreewaldgebiet und nur folgende Lokale jetzt zur Verfügung stehen: „Schwarzer Adler“ (Baumgarten) in Lützenau und „Schägenhaus“ in Wetichau.

Für Werder a. S. erteilt Auskunft der Genosse Gustav Wästenhagen, Werder, Rossestr. 50.

Die Lokalkommission.

Am Sonntag, den 24. Mai

finden in folgenden Orten öffentliche politische Wahlversammlungen statt:

- Friedrichsfelde: 12 Uhr mittags bei Babe, Prinzen-Allee 30; Ketschendorf: 6 Uhr nachmittags im Gasthof Weidemann; Königs-Wusterhausen: 3 Uhr nachmittags bei Wedhorn, Altes Schägenhaus; Marienfelde: 4 Uhr nachmittags bei Oberschmidt, Berliner Straße; Miersdorf: 5 Uhr nachmittags bei Vier, Restaurant „Zur Mühle“; Mühlentebd: 4 Uhr nachmittags im Gasthof „Zur Sonne“; Schenkenberg: 3 Uhr nachmittags bei Otto Pätsch.

Referenten die Genossen Dittmer, Giebel, Jacobsen, Mohs, Schütte, Unger, Zeglin.

Am Montag, den 25. Mai, 8 Uhr abends:

Bannschalenweg in Speers Festsälen. Treptow im Restaurant „Zur Radrennbahn“. Nowawes bei Singer, Priesterstr. 31. Referenten die Genossen Gehrmann, Schütte und Stoermer. Tagesordnung: Die Landtagswahlen 1908. Zahlreiches Erscheinen von Männern und Frauen, sowie rege Agitation erwarten Die Einberufer.

Rixdorf. Die Wahlleiter werden dringend aufgefordert, die Adressen der in ihrem Bezirk aufgestellten Wahlmänner sogleich bei dem Wahlkomitee zu melden. Die Angaben müssen deutlich geschrieben sein und den Vornamen, Stand und Wohnung enthalten. Weiter werden die Mitglieder des Wahlkomitees und die Wahlleiter darauf aufmerksam gemacht, daß am heutigen Freitag, abends von 7 Uhr ab, von den bekannten Stellen die Flugblätter abzuholen sind.

Rummelsburg. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, finden vier Landtagswählerversammlungen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wahlmänner für alle Urwahlbezirke. Als Referenten fungieren die Genossen Stadtverordneter Bernhard Bruns, Gemeindevorsteher Hermann Müller, Parteisekretär Fritz Ebert und Karl Gehrmann. Die Versammlungen finden statt: für den an Berlin angrenzenden Ortsteil Vohgagen bis inklusive Gärtnerstraße in den Prachtgärten des Ostens, Frankfurter Allee 151/152; für den übrigen Teil Vohgagens bis zur Ringbahn im Café Bellevue, Hauptstr. 2; für den Ortsteil Rummelsburg (außer dem sogenannten Rieg) im Saale der Witwe Weigel, Türschmidstr. 45; und für den Rieg im Saale von Borgas, Neue Prinz-Albert-Strasse 70/71.

Der Wichtigkeit der Versammlungen entsprechend erwarten wir das Erscheinen aller Parteigenossen. Das Wahlkomitee.

Lichtenberg. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen müssen sich ausnahmslos den Bezirksführern in den bekannten Lokalen zur Verfügung stellen.

Erker. Am Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins im Lokal von Degebrodt statt. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Wahlmänner zu den Urwahlen. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen auch der Frauen ist unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen, Deutsch-Wusterhausen und Niederfelde. Die Parteigenossen aus den oben genannten Ortsteilen werden auf die am Sonntag, den 24. Mai, früh 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Der Vorstand.

Widau-Bohersehe. Am Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet. Der Bezirksführer.

Pankow. Am Sonntag früh 1/3 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblatt- und eine Ruwertverbreitung statt. Zu dieser Arbeit ist rege Beteiligung der Genossen unter allen Umständen notwendig. Der Vorstand.

Weiskene. Wir machen nochmals auf die heute abend stattfindende öffentliche Versammlung bei Enders aufmerksam. Referent: Reichstagsabgeordneter Stadthagen. Freie Diskussion für jedermann. Das Wahlkomitee.

Bernau. Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 Uhr, findet im Münzischen Lokale die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 2. Die Landtagswahlen. 3. Verschiedenes. Genossen! Die bevorstehenden Landtagswahlen machen es unbedingt notwendig, daß jeder einzelne erscheint. Der Vorstand.

Hohen-Neudorf und Stolpe an der Nordbahn. Am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet in Stolpe im Lokale des Genossen Bergemann eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dengler-Waldmannslust über „die bevorstehenden Landtagswahlen“. Diskussion.

Waldmannslust. Am Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweizerhaus“ eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kurt Stadthagen über die preussischen Landtagswahlen sprechen wird. Ferner sollen in dieser Versammlung die sozialdemokratischen Wahlmänner aufgestellt werden. Es ist daher Pflicht der Genossen, für guten Besuch zu agitieren. Frauen haben ebenfalls Zutritt. Der Vorstand.

Eichwalde, Miersdorf-Teufeln. Sonnabend, den 23. Mai, abends findet eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden dringend ersucht, sich in den betreffenden Lokalen recht zahlreich zur Verfügung zu stellen. — Öffentliche Wahlerversammlungen finden statt am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr bei Vier in Miersdorf; Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr bei Speltmann („Albrechtshof“) in Teufeln; Mittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr bei Witte in Eichwalde. Parteigenossen! Agitiert für den regsten Besuch dieser Versammlungen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Ueber das Bauprogramm und den Borentwurf zum Bau der vierten Irrenanstalt (in Buch) wurde gestern — im Anschluß an die Berichterstattung des Ausschusses, der hierüber zu beraten gehabt hatte — noch einmal debattiert. Unser Genosse Schulz erneuerte die Bedenken, die er bereits früher gegen einzelne Punkte dieses Programms vorgebracht hatte. Er warnte überdies vor der Waldabholzung, die nötig wird, wenn man die Anstalt an der vorgeschlagenen Stelle erbaut. Seinen Ausführungen widersprachen die Vertreter des Magistrats samt den Rednern des Freisinns. Daß die geäußerten Bedenken keineswegs von der Hand zu weisen sind, wurde auch durch unseren Genossen Borgmann dargestellt. Aber die Mehrheit stimmte leichten Herzens den Beschlüssen des Ausschusses zu.

Um den Brandstiftungen ein Ende zu machen, durch die die Bevölkerung Berlins nun schon seit Monaten benurruht wird, soll auch aus dem Stadtsäckel ein Geldbetrag hergegeben werden, der als Prämie auszuflehen wäre. Dies ist die Absicht eines Antrages, der von Mitgliedern der Versammlung eingebracht worden ist. Der Stadtverordnete Barth begründete ihn kurz, und die Versammlung beschloß dann ohne weitere Debatte Ueberweisung an einen Ausschuss.

„Arme“ Teufel.

Aus den Steuerbeträgen, die aus den Wählerlisten zur Landtagswahl ersichtlich sind, kann man unschwer auf die Einkommensverhältnisse schließen. Der „Confectionair“ schreibt hierzu: „Das Tiergartenviertel weist die höchsten Steuerzahler auf. Am Anfang der Tiergartenstraße, in der Viktoriastraße und den angrenzenden Vierteln schließt die erste Klasse mit einem Steuerbetrage von 210 000 M. ab; das bedeutet ein Einkommen von weit über 2 Millionen Mark. Hier wohnen die Geh. Kommerzienräte Dr. Eduard Simon, Rabené und Pintsch. In der Regenten- und Matthäikirchstraße muß man 202 000 M. Steuer zahlen, um zur ersten Abteilung zu rechnen. Geheimere Kommerzienrat Arnhold und Oskar Guldshinsky dürften hier die Wähler der ersten Abteilung sein. Auch in der Mitte der Tiergartenstraße und in der Wendlerstraße sind für die erste Abteilung 202 000 Steuern erforderlich. Hier kontieren für diese Klasse James Simon und Hans v. Weichroder in Betracht. Aus den Wählerlisten ist zu ersehen, daß in diesen und den angrenzenden (Drake-, Rauch-, Siederstraße) Bezirken etwa 25—30 Personen wohnen, die ein Einkommen von mehr als 500 000 M. haben. Hierzu gehören u. a.: Geh. Kommerzienrat Roewe, Kommerzienrat Konrad Borfig, Bankier Aschrott, Geh. Kommerzienrat Dr. v. Caro, Graf Ziele-Windler, A. v. Siemens, Geh. Kommerzienrat Gutmann usw. Einer der reichsten Bezirke ist die Gegend um den Königsplatz, wo der Chef des Hauses Rudolph Herzog wohnt. Ein Einkommen von rund drei Millionen Mark (291 831 M. Jahressteuer) hat Geh. Kommerzienrat Ernst v. Mendelssohn-Bartholdy. Generalkonjul Dr. Schabach zahlt 170 544 M. Steuern, Kommerzienrat Böhm 111 594 M. Weit über eine halbe Million Mark Einkommen haben auch u. a. noch Geheimere Kommerzienrat Plant (74 953 M. Steuern), Geheimere Baurat Dr. Ing. Rathenau, der Generaldirektor der A. E. G. (65 631 M. Steuern), Kommerzienrat Volle (65 332 M. Steuern). Bei dieser Aufstellung darf im übrigen nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der reichsten Berliner nicht mehr in Berlin, sondern in Charlottenburg, Grunewald, Wannsee und anderen Vororten wohnt.“

Ueber die Tarife der großstädtischen Verkehrsmitel

hat ein Regierungsrat Dr. Haasebau in Scharfsen „Tag“ tiefgründige Erörterungen angestellt. Der gute Mann hat im Schwelge seines Angeichts an dem Nachweise gearbeitet, daß der Einheitsstarif — die Große Berliner hat den Zehnprozentstarif schon längst und in vielen Fällen durchbrochen — vom Uebel ist. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der jetzige Zehnprozentstarif der Straßenbahnen nicht nur für diese selbst Uebelstände herbeiführt, sondern auch die wünschenswerte Weiterentwicklung der Schnellbahnen beeinträchtigt und die Gefährdung des Omnibusverkehrs gefährdet. „Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben“, schließt er, „daß die Stadt Berlin, nachdem sie durch ihre Straßenbahn- und Schnellbahnprojekte selbst in den Kreis der Verkehrsunternehmer getreten ist, sich der Einsicht nicht verschließen wird, daß die Beseitigung des Einheitsstarifs und dessen Ertrag durch einen nach den Entfernungen abgestuften Tarif die Vorbedingung für die gesunde Weiterentwicklung der Berliner Verkehrsverhältnisse bildet.“

Die Große Berliner wird über die Ausführungen des Herrn Regierungsrats sehr erfreut sein im Gegensatz zu der großen Masse des Publikums, das die Fische zahlen soll, nur deswegen, um den Aktionären noch höhere Dividenden zuzuflehen.

Neue Regeln für den Radfahrverkehr. Zur einheitlichen Neuregelung des Radfahrverkehrs hat das Reichsamt des Innern Grundzüge aufgestellt, die laut Beschluß des Bundesrates im gesamten Gebiet des Deutschen Reiches vom 1. August 1908 an gleichmäßig Anwendung finden sollen. Die bisher geltenden Polizeiverordnungen sind allenthalben genau dem Wortlaut dieser Grundzüge anzupassen. Dabei ist zu beachten, daß die Bemessung der Gebühren für die Ausstellung der Radfahrlizen den einzelnen Bundesregierungen überlassen bleibt, jedoch soll eine Ausstellung der Karten mit zeitlich beschränkter Gültigkeit nicht mehr zulässig sein. Die landesrechtlichen Bestimmungen, durch die die steuerlichen Zwecke der Einführung von Quittungen über Fahrradsteuern oder die Führung von Nummerschildern an den Fahrrädern angeordnet werden, bleiben in Geltung.

Die neue große städtische Heimstätte in Uptal bei Manteuffel geht ihrer Vollendung entgegen. Mit der inneren Einrichtung und Ausstattung ist bereits begonnen worden, so daß die Eröffnung im Sommer, spätestens aber im kommenden Herbst, erfolgen dürfte. Diesen Berlinern wird der Name „Uptal“, seine Herkunft und Bedeutung fremd sein. Und doch ist es eine alte, urdeutsche Bezeichnung, die in germanischen Ländern vielfach vorkommt. In

„Uffall“ bei Klantenburg wurden nämlich alljährlich in früheren Zeiten, besonders am Pfingsten, Pferde und andere Haustiere aus der Mark Brandenburg zum Verkauf, Schau usw. aufgestellt.

Augen auf — Tischen zu!

Vor einigen Wochen (Nr. 99 des „Vorwärts“) zeigten wir an der Hand eines drahtigen Beispiels, wie ungeniert in katholischen Kreisen in und dicht bei Berlin der Ringelbeutel umgeht. Für katholische Kirchen ist nach der Ansicht derer, die betrüblich in Weinberge des Herrn arbeiten, noch massenhaft Platz im gottlosen Deutschen Reich. Geld ist auch übergenug da. Beispielsweise verfügt das Fürstbischöfliche Preßlau, zu dem Berlin und die Mark gehört, über ungeheuren Reichtum. Aber nur nichts aus der eigenen Tasche geben oder doch so wenig wie möglich. Wollen die gläubigen Schäflein neue Kirchen bauen, so sollen sie in den eigenen Beutel greifen. Kann man auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Taschenerleichterung auch Andersgläubige schröpfen, die vielleicht in irgendwelcher geschäftlichen Verbindung mit katholischen Kreisen stehen — desto besser! Geld zieht nicht, auch wenn es von Andern kommt.

In der „Germania“ vom 10. Mai finden wir nun zu diesem einträglichen Thema einen spaltenlangen Artikel, der mit dem bezeichnendsten Wort „Reformbedürftige Betteln“ überschrieben ist. Es wird darin ohne weiteres angegeben, daß bei der katholischen Kirchenbettelei staatsrechtliche Verhältnisse und Reformen dringend nötig sind. Heute werde der junge Kaplan von seinem Bischof nach irgend einem Sprengel mit dem katholischen Befehl geschickt, dort das Wort Gottes zu verkünden und eine neue Gemeinde zu begründen. Mit einigen Duzend Gläubigen läßt er sich Sonntags in einem Tanzsaal oder einem Schuppen nieder. Nach einigen Monaten wird ein Kirchbauverein, wie es bereits unzählige gibt, gegründet. Da aber die junge Gemeinde blutarm ist, bleibt nichts weiter übrig, als nach dem Bettelstab zu greifen.

Da die einzelnen Bettelbriefe bekanntermachen schon längst verfallen und gewöhnliche Bücher und Bilder nicht mehr ziehen, plant der Seelenhirt sich Wochen und Monate ab, um etwas Neues, für das Volk Fassendes zu erfinden. Es ist ihm absolut kein Geheimnis, daß das Verfahren äußerst kostspielig ist. Er würde die hohen Prozente, die an den Verleger und an die Post gezahlt werden müssen, selbstverständlich lieber für seine Kirche behalten; aber die Ausgaben sind nach Lage der Dinge absolut unvermeidlich, wenn bei der ganzen Bettelei überhaupt etwas herauskommen soll. Mit äußerster Kostenstrengung wird dann eine beschriebene Summe zusammengebracht, aber das reicht nur für den Anfang, und die Gemeinde hat immer noch jahrzehntelange an der drückendsten Schuldlast zu tragen.

Diese Einzelbettelei soll nun nach dem Vorschlage der „Germania“ nicht etwa aufhören, sondern sie soll in Zukunft ein großes Betrieben werden. Es wäre sehr zu begrüßen, heißt es, wenn die Kirchenbettelei für ganz Deutschland organisiert werden könnte. Man will eine Zentrale errichten, an welche die armen Gemeinden sich um Beihilfen zu Kirchbauten und dergleichen wenden sollen. Von dort aus würden dann Agenten das Sammeln in großen Maßstab betreiben. Zudem dürfte nicht übersehen werden, daß die katholischen Kirchenbettel sich durch Verbreitung guter Bücher und Bilder nicht zu unterschätzende Verdienste erworben haben und ihr Geschenk in den meisten Fällen schon an und für sich ein Gegenstand wert ist.

In dieser Selbstzerlei geht es weiter. Schließlich kann man es ja den Katholiken nicht verdenken, wenn sie genau dasselbe tun, wofür bei den Protestanten der Freiherr v. Mirbach eine so ungewöhnlich glückliche Hand besitzt. Aber wir möchten nochmals dringend darum bitten, mit dieser General-Kirchenbettelei in ganz Deutschland gefällt die Andersgläubigen und vor allem die aus der Kirche Ausgeschiedenen ungeschoren zu lassen. Man wird uns natürlich vorhalten, daß auch die Sozialdemokraten das Selbstmeln ausgezeichnet verstanden. Aber da erwidern wir den Herrschaften im schwarzen Rod schon heute: Ja, Kirchenbauer, das ist auch eine andere Nummer!

Eine Schirmschwinderin schädigt auf eigene Art Keimere Geschäftleute, insbesondere Zigarrenhändler. Die etwa 30 Jahre alte, elegant gekleidete Frauensperson betritt äußerst sicher den Laden mit der Witte, ihr aus heimlichster Verlegenheit mit fünf Mark auszuhelfen. Zur Bekräftigung gibt sie an, daß ihr Bruder ständiger Kunde des Geschäftes sei. Ferner bietet sie einen nagelneuen Regenschirm, der noch in der Papierhülle steck, als Pfand an. In der Regel lassen sich die Geschäftleute durch das geübte Auftreten verblüffen und geben das Darlehen, welches niemals zurückgezahlt wird. Hinterher stellt sich der Schirm als minderwertig heraus. Wenn es vielleicht auch bloß auf den letzten Umsatz von Schirmen bei hohem Verdienst abgesehen ist, so bleibt der Trick doch immer eine unsäuerliche Sache.

Verlegung von 18 Straßenbahnlinien in der Potsdamer Straße. Die Straßenbahn ist genügt, wegen Ausweichung der südlichen Gleisanlagen der Kreuzung der Potsdamer und Althowstraße in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, den 22. zum 23. Mai, von 12 bis 6 Uhr die in der Längsrichtung der Potsdamer und Althowstraße sowie die aus der südlichen Potsdamer Straße nach der östlichen Althowstraße verkehrenden Wagen in beiden Richtungen abzulenken. Die Linien 17, 63 und 68 fahren in beiden Richtungen von der Königsgrauer Straße über den Potsdamer Platz, die Potsdamer Straße, Althowstraße. 68 fährt in der Richtung nach Weißensee vom Kaiser-Wilhelm-Platz durch die Bahn-, Maistraße, Wilow-, Denezow- und Frottwellstraße. Die Linien 23, 24, 40, III, 69, 71, 72, 74, 87 und 88 gehen in beiden Richtungen von der Potsdamer Straße durch die Althow-, Genthiner, Moy- und Wilowstraße. 61, 67, 60 und 61 fahren in beiden Richtungen von der Potsdamer Straße durch die Althow-, Genthiner und Moystraße.

Von den wenigen noch existierenden Freihäusern aus der Zeit Friedrich des Großen sind wiederum eins der Epigonen weichen. Das Grundstück am Zeughaus 1 ist in den Besitz der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse übergegangen, die das Haus jetzt abreißen läßt, um einen monumentalen Palast an dessen Stelle errichten zu lassen, der zur Erweiterung des angrenzenden Bauwerks benutzt werden soll. Die jetzt zum Abriß gelangenden Bauteile gehören zu den ältesten des noch existierenden in der Umgebung des Schlosses und stammen aus dem Jahre 1702. Die Gebäude sind zwar mehrfach renoviert worden, jedoch bisher in ihrer alten Bauform erhalten geblieben. Der nunmehr stattfindende Neubau führt zu einer Verbreiterung der Straße am Zeughaus, deren Bauaufgabe nunmehr bis zum Kupfergraben mit derjenigen am Zeughausgebäude gleichgesetzt wird.

Mitteilungen der Berliner Elektrizitätswerte nennt sich eine sehr lehrreiche monatlich unregelmäßig erscheinende Zeitschrift, die zwar als Reklame dient, aber in anziehender Weise Auskunft über die Leistungen auf dem großen Gebiete der Elektrizität erteilt. — In der Mainummer dieser immerhin vornehmen Reklame-Zeitschrift ist aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die Entschleunigung des großartigen Unternehmens und seine Entwicklung kurz beschrieben, auch das Bildnis von E. Rathenau, des Begründers der Gesellschaft wird bei dieser Gelegenheit gegeben. Die drei Buchstaben A. E. G. werden überseht: „Aus Eigennam groß.“ Am Schluß des Festes gewinnt man aus einigen statistischen Zahlen einen Begriff von dem Viesenunternehmern: Das Aktienkapital der A. E. G. beträgt heute hundert Millionen. Am Ende des Jahres 1906/07 war die Zahl der Angestellten 30 700. Für Lohn und Gehalt wurden rund 41 Millionen gezahlt usw.

Bei dieser ganzen geschichtlichen Darstellung ist auch nicht mit einer Silbe der Leistungen der Ingenieure und Arbeiter gedacht. Wer die erbärmlichen Lohnverhältnisse dieser Mißlingsgesellschaft kennt, der wird sich nicht wundern, weshalb in solchem Bericht gefühllos über die Streiklagenproletarier und die Gewerkschaften geschwiegen wird, aber wenn wir der verhaltenen Gebitterung der dortigen Arbeiterklasse Ausdruck zu geben hätten,

würden wir die Buchstaben A. E. G. übersehn: „Aus Eigennam groß.“ Eine Uebersicht über die Zahl der Unfälle in dem langen Zeitraum fehlt ebenfalls.

Leider läßt sich nie feststellen, wieviel arme Kopf- und Handarbeiter in diesem großen Betriebe bei den zahlreichen Erfindungen jährlich jahrens ihres geistigen Eigentums beraubt werden, weil jene Arbeiter teils furchsam, teils unerfahren ihre Interessen der Gesellschaft gegenüber nicht wahrzunehmen wagen. Deshalb wollen wir wenigstens eine Gelegenheit vorübergehen lassen, wo immer für die A. E. G. Reklame gemacht wird, uns der Tatsache zu erinnern, mit welcher Geringachtung diese Gesellschaft ihre Arbeitskräfte bewertet und wollen zeigen, daß wir, von demselben Gefühl der Geringachtung befelet, diese Gesellschaft stets als ein Musterbeispiel anführen werden, wenn es sich darum handelt zu zeigen, wie leicht das Ausbeutertum unter dem heutigen Gesetz- und Polizeischutz sich Menschenmassen geistig und körperlich dienstbar machen, Jubiläen feiern und die Ausgenutzten in Armut erhalten kann. —

„Göttliche Weltordnung“.

Ein Leser schreibt uns: „Eine Illustration unserer „herrlichen“ Zustände bot sich mir am Montag am späten Abend im Schiefischen Bahnhof. Eine schlesische Auswandererfamilie — bestehend aus einem Ehepaar und fünf Kindern im Alter von 1—6 Jahren — war eben angekommen. Die Kinder alle borsüß und ohne jede Kopfbedeckung; die Mutter in einer Kochschürze, das jüngste Kind im Alter von etwa einem Jahre im Arme, neben ihr als einziges Mobiliar eine Pappschachtel und ein alter vierhändiger Holzlarren, worin das jüngste Kind gebettet wurde. So standen die armen Reisenden verlassen, ausgehungert und weinten, da sich niemand um sie bekümmerte, ja manchen satten Philister und manche Vertreterin des „guten Geschlechts“ sah man über die „herabgesunkenen Menschen“ die Achseln zucken oder eine spöttische Bemerkung machen und in großem Bogen dem Elendsbild aus dem Wege gehen. Auf meine Frage, warum der Vater die Kleinen nicht im Wartesaal unterbringe, erwiderte derselbe, daß der Wartesaal geschlossen und er einen „unformierten Mann“ schon gefragt hätte, der ihm bedeutete, er solle sich im Gange zu den Bahnsteigen aufhalten. Ich nahm mich nun der Familie an und giug mit ihr nach dem Wartesaal IV. Klasse, wo noch mehr schlesische Auswanderer denselben traurigen Anblick boten. Auf dem Wege dorthin fragte ich den Vater, wo die Kasse hingehen sollte. Da erfuhr ich nun, daß die Familie nach Westfalen überfiedeln wolle, wo der Vater in einem Bergwerk „angeworben“ sei. Am anderen Morgen solle die Kasse nach dort fortgesetzt werden. Ein solch jammervolles Bild, welches einem Menschen — der noch etwas Mitleid für seine Mitmenschen hat — schier das Blut in den Adern erstarren lassen könnte, föhrt aber die feudale und kapitalistische Gesellschaft nicht im geringsten; sie wendet sich mit „Ekel und Abscheu“ davon ab.“

Böswillige Vergiftungen von Kunden sind in Nieder-Schönhausen verübt worden. Es wurden in den letzten acht Tagen 15 Hunde von einem noch unbestimmten Freiber vergiftet. Bei allen Tieren sind die gleichen Vergiftungssymptome beobachtet worden; starkes Zittern, Krämpfe; nach zwei Stunden trat der Tod ein. Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß vergiftete Broden von einem nichtswürdigen Menschen auf die Straße geworfen wurden.

Ein Elendsbild bot am Dienstagabend vor dem Hause Kottdauer Straße 10 eine 73 Jahre alte Greisin dar. Die alte Frau hatte sich vor kurzen in dem der Rentnerin Witwe Hedder gehörigen Hause eine kleine Wohnung gemietet und darauf einige Mark angezahlt. Eines Leidens wegen mußte die bejahrte Frau ein Krankenhaus aufsuchen, aus dem sie am Dienstag entlassen wurde. Als sie sich nun in ihre Wohnung begeben wollte, wurde ihr eine große Enttäuschung zuteil. Der Frau Wirtn scheint das geringe Mobiliar der Frau nicht gefallen zu haben, denn sie ließ dasselbe auf den Hof bringen, den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Am Montagabend stand nunmehr die Dreundshalb-jährige, die sich kaum auf den Füßen halten konnte, nur notdürftig bekleidet, vor der Haustür. Die Nacht verbrachte die Alte, nachdem ein Mieter ihr das Haus geöffnet, auf den Treppenhäufen. Die die Treppe hinaufgehenden Mieter machte die auf einem Treppenhäufen stehende Wirtn darauf aufmerksam, nicht über die untenliegende „Dreundshalb“ zu fallen. Sehr gemüht Die Hauselgentümerin soll eine sehr reiche Frau sein.

Von einem Kutschwerk überfahren wurde gestern nachmittag das Kind des Richtigers Gleich an der Ecke der Wiesenthaler Straße und Prinzenallee. Das Kind war sofort tot.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern nachmittag am Köpenicker Fischmarkt zugetragen. Dort lief das vierjährige Rädchen Frida des Straßenbahnkassiers Schürer in einen Straßenbahnzug der Linie 73 hinein. Die Kleine wurde zu Boden geschleudert und geriet unter den Motorwagen. Um sie aus der gefährlichen Lage zu befreien, mußte man — wie gewöhnlich — erst wieder die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch nehmen. Mit schweren Kopfverletzungen wurde das Kind hervorgezogen und sofort nach der nahen Unfallstation in der Brüderstraße geschafft. Von hier brachte man es in die Klinik in der Biegelstraße, doch besteht wenig Hoffnung, die Kleine am Leben zu erhalten. Der Großvater des Kindes, der die Küstlichkeit hatte, wurde bei dem Unfall ebenfalls mit umgerissen, kam aber mit leichteren Verletzungen davon.

Es werden wohl erst ein paar „Bornehme“ Kinder totgefahren werden müssen, bis die kleinliche „Große“ sich endlich bequemt, für Schutz- und Bevorforderungen etwas zu tun. Allerdings ist ja die Langmut der sogenannten Aufsichtsböheren gegenüber dieser sich wieder ganz erschreckend mehrenden Tollfahret auf den Straßen Berlins nicht gerade dazu angetan, die „Große“ zu Geldausgaben aus so — winzigem Anlaß zu ermuntern. ...

Zu geschlossen wurde das Theater an der Spree. Ueber die Gründe meldet die „V. Z. am Mittag“: „Das seit Beginn des Monats dort auf dem Repertoir stehende amerikanische Sensations-Schauspiel „Der Cowboy“ ist nämlich vorgestern von dem Vormund des entmündigten Autors Kurt Matull zurückgezogen worden. Der Grund hierzu lag in Differenzen zwischen Matull und dem bisheiligen Direktor Spandow, der, wie wir seinerzeit meldeten, das Theater an die Herren Albert Kühne und Kurt Matull abgetreten hatte. Da die Behörde jedoch Herrn Kühne die nachgefragte Konzession nicht erteilt, hatte sich Direktor Spandow bereit erklärt, die Schauspieler für die Dauer der Aufführungen des „Cowboy“ zu engagieren. Durch die jähe Unterbrechung dieser Aufführungen sind die Künstler nun mit einem Schlag brotlos geworden.“

Das Spielen mit Schußwaffen hat gestern Abend wieder zu einem schweren Unglücksfall Veranlassung gegeben. Der 20-jährige Tischlergeselle Kothhagen besand sich gestern Abend in seiner Lindenstraße 3 belegenen Wohnung mit zwei Freunden zusammen, denen er ein Leihung zeigte. Einer der jungen Leute hantierte mit der Waffe, ohne zu beachten, daß sie geladen war. Er berührte dabei den Abzug und im nächsten Augenblick drach Kothhagen zusammen. Der Leihung hatte sich entladen und die Kugel war dem K. in den rechten Arm gedrungen und hatte die Sehlagader durchschlagen. Der Tischler wurde nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wofür durch Anlegung eines Rotverbandes die Gefahr einer Verblutung beseitigt wurde, und von dort nach der Charité überführt.

Unter einem einfürgenden Baum begraben. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich gestern nachmittag am Kottdauer Damm zugetragen. Vor dem Neubaugrundstück Kottdauer Damm 70/71 stürzte plötzlich ein Teil des Baumzweiges, der nur lose angebracht war, um und begrud zwei vorübergehende Personen unter sich. Es waren dies die Ehefrau Agnes Dreher aus der Dantonsstraße und der Säüller Walter Heger aus der Bellerstraße. Die beiden Verunglückten wurden nach der Unfallstation gebracht, wo glücklicherweise nur äußere Verletzungen bei ihnen festgestellt wurden.

Wem gehört das Kind? Für einen dreijährigen Knaben, der am Sonntag auf dem Bahnhof Nieder-Schöneweide abhanden gekommen ist, werden Angehörige gesucht. Der Kleine ist jedenfalls bei dem starken Verkehr, der am Sonntag auf dem Bahnhof herrschte, den Angehörigen verloren gegangen und zurückgeblieben. Bis zum heutigen Tage hat sich jedoch noch niemand gemeldet, um das Kind wieder zurückzuholen. Der Kleine ist vorläufig bei einer Frau Schaffer in Johannisstraße untergebracht worden. Er ist mit dunkelblauen Matrosenanzug und grauen Strümpfen bekleidet.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wir machen die Teilnehmer des Geschichtsunterrichts nochmals darauf aufmerksam, daß der am Dinstagabend, den 18. April, ausgefallene Unterricht heute, Freitagabend, im Schullokal nachgeholt wird.

Ein neuer Dachstuhlbrand brach gestern Abend gegen zehn Uhr in der Marienstraße 8 aus. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen bereits meterlange Flammen aus dem Dachgeschoß des Hinterhauses. Die vierte Kompanie der Feuerwehr sand daher bei ihrem Eintreffen schon einen ausgedehnten Brandherd vor. Da es wegen der Enge der Einfahrt und des kleinen Hofes unmöglich war, mechanische Leitern direkt vor dem Feuer aufzustellen, so errichtete man diese auf der Straße an der Front des Vorderhauses. Mit mehreren Schlauchleitungen erfolgte dann der Löschangriff. Auf dem Hofe drangen die Sappeute über Steissetzen vor. Nach einfürgendem Wassergeben war die Gewalt des Feuers gebrochen. Der heile Feuerschein hatte eine große Menschenmenge angelockt, die die umliegenden Straßen belagerten. Auch die polizeiliche Sonderkommission war am Brandplatz anwesend. Es wird auch hier wieder Brandstiftung vermutet.

Straßensperrung. Die Dresdener Straße von der Prinzenstraße bis zur Ludauer Straße bzw. Budower Straße wird behufs Umpflasterung sofort bis auf weiteres für Fußverkehr und Reiter gesperrt. — Gesperrt wird auch die Tiedstraße von der Novallstraße bis zur Gartenstraße behufs Ausführung der städtischen Straßenbahn.

Vermißt. Der Brauereierling Fritz Friedrich, am 6. Juli 1889 zu Berlin geboren, hat sich am 10. März d. J. aus seiner elterlichen Wohnung, Braunsbergerstraße 11, entfernt und wird seitdem vermißt. Er ist 1,67 Meter groß, hat blonde Haare, hohe Stirn, blaue Augen, vollständige Zähne, keinen Bart, gesunde Gesichtsfarbe und schlanke Gestalt. Bekleidet war es mit grünlichem, weichen Hut, grünlichem Jacketanzug, schwarzen Schnürstiefeln, grauen Strümpfen; Maßße: ges. C. F. und P. F. Personen, die über den Verbleib des Friedrich irgend welche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeiviertel mündlich oder schriftlich zu den Akten 1874 IV. 5. 08 mitzuteilen.

Feuerwehrenschriften. Gestern früh wurde der 7. Zug wegen eines Dachstuhlbrandes nach der Remeler Str. 63 gerufen. Es brannten dort aber nur Mattagen auf dem Hausboden. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Wäsche, Gardinen, Möbel usw. brannten Potsdamer Str. 123 und Keim usw. in einem Farbwaren-geschäft in der Bismarckstr. 4. Auf der Güterabfertigungsstelle in der Frankfurter Allee stand ein Eisenbahnwagen mit Freylohlen in Flammen und in der Verleger Str. 42 eine Kändlerlammer. Vor dem Hause Koloniestr. 183 war ein Kind von der Straßenbahn überfahren und schwer verletzt worden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Wahl unserer Genossen Scharberg und Flemming als Stadtdirektoren hat der Bezirksauschuss in Potsdam für ungültig erklärt. Bekanntlich wurden bei der letzten Stadtdirektorenwahl die beiden Genossen mit einer geringen Majorität gewählt. Die Stadtdirektorenversammlung erklärte die Wahl für gültig. Hiergegen war die Klage an den Bezirksauschuss in Potsdam erhoben worden. Als Grund wurde angegeben, der Wahlvorstand habe nur diejenigen Wähler zugelassen, die eine schriftliche Legitimation hatten, alle anderen Wähler wurden vom Vorstand abgewiesen und nicht zur Wahl zugelassen, auch solche Wähler, die bei dem Mitgliederabend des Wahlvorstandes persönlich bekannt waren. Rechtsanwalt Dr. Cht-Charlottenburg führt in der Verhandlung vor dem Bezirksauschuss aus, daß der Wahlvorstand zu dieser Maßregel nicht berechtigt gewesen sei und daß sie wegen ihrer weittragenden Bedeutung die Ungültigkeit der Wahl zur Folge haben müsse. Der Bezirksauschuss schloß sich dieser Auffassung an und erklärte die Wahlen für ungültig.

Unsere Genossen werden später die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts anrufen.

Wilmersdorf.

Die Gewerkschaftswahlen finden für Arbeitnehmer am Mittwoch, den 27. Mai, von nachmittags 4 Uhr bis abends 9 Uhr statt. Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr überschritten haben und entweder in Wilmersdorf arbeiten oder wohnen.

Gewählt wird in vier Bezirken. Der erste Bezirk, umfassend das 8. Polizeirevier, wählt im Viktoria-Garten, Wilhelmstraße 114/115; der zweite Bezirk, umfassend das 10. Polizeirevier, im Restaurant Kaiser-Wilhelm-Garten, Kurfürstendamm 121/122; der dritte Bezirk, umfassend das 9. Polizeirevier, im Restaurant von Geßel, Händstraße 188/190; der vierte Bezirk, umfassend das 7. Polizeirevier, im Restaurant von Schlege, Bernhardtstraße 7.

Jeder Wähler muß im Besitze einer Legitimation sein, welche entweder vom Arbeitgeber oder bei den answärts Beschäftigten oder hier Wohnenden von der Polizeibehörde unterschrieben sein muß. Formulare für diese Legitimation sind bei folgenden Genossen zu haben: Goldberg, Auguststr. 73; Reiche, Prinzenregentenstraße 63; Glabigow, Wilhelmstraße 100; Weizer, Händstraße 70; Piesker, Hölsteinsische Straße 6; Richter, Mannheimer Straße 68 (Zigarrenladen); Feese, Berliner Straße 46 (Zigarrenladen).

Parteilogenossen! Agitiert für partei Besetzung an den Gewerkschaftswahlen! Die Stimmzettel werden vor den Wahllokalen verteilt.

Die Unterkommission der Gewerkschaften Wilmersdorfs.

Rixdorf.

Ein braues Rettungswert hat vorgestern nachmittag der Schlosser Otto Juszeit aus der Hermannstraße vollbracht. Vor dem Hause Kottdauer Ufer 40 hatten mehrere Kinder gespielt. Die 6-jährige Tochter Luise des Tischlers Dittendran, Kottdauer Ufer 42, wachte sich dabei zu nahe an die Uferböschung heran und stürzte in den Landweibrand. J., der den Vorfall von weitem beobachtet hatte, eilte sofort herbei und sprang in den Kanal. Nach längerer Zeit glückte es dem Retter, die Kleine zu erfassen und aus Ufer zu bringen. Sie konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Gerichts-Zeitung.

Ein „Kurta“ aus der Wahlrechtsdemonstration vor der Verunungsammer.

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger wurde gestern gegen den Gärtler Hermann Mathias verhandelt, der wegen seiner Beteiligung an

den Wahlrechtsdemonstrationen ein Strafmandat bekommen, Einspruch dagegen eingelegt hatte und vom Amtsgericht zu 10 M. Geldstrafe wegen groben Unfugs verurteilt war. Das Strafmandat erschien der Staatsanwaltschaft zu gering. Sie legte Berufung ein. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er an dem Abend des 9. Januar in einer der Wahlrechtsversammlungen gewesen sei, und sich nach ihrem Schluß einem Zuge angeschlossen habe, der durch die Landberger Allee nach der Petersburger Straße ging. Von den Teilnehmern des Zuges seien Rufe auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgebracht worden, in die auch er einmal eingestimmt habe. Der Zeuge Schumann Horn sagt aus, daß nach der Versammlung mehrere hundert Menschen singend durch die Straßen gezogen seien. Als er Ruhe geboten habe, habe der Angeklagte dreimal laut Hurra gerufen und dadurch die Menge aufgereizt. Staatsanwalt Kessler plädiert gegen den Angeklagten auf eine Haftstrafe von 14 Tagen, wie sie der Amtsanwalt vor dem Schöffengericht beantragt hatte. Er wolle die Demonstration nicht politisch behandeln, aber derartige Vorgänge enthielten stets eine schwere Gefahr für die öffentliche Ordnung usw. Eine so geringe Geldstrafe würde die Gefahr mit sich bringen, daß das Volk in Zukunft dergleichen Sachen zu leicht nähme und nachteilige Wirkungen für die Allgemeinheit haben. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Heinemann sprach zunächst sein Befremden darüber aus, daß die Staatsanwaltschaft in diesem einzigen Falle Berufung eingelegt habe und in keinem anderen, wo sie sich mit den geringen vom Schöffengericht verhängten Geldstrafen zufrieden gegeben hätte. Die eigentlichen Wahlrechtsdemonstrationen seien gar nicht am 9., sondern erst am 12. Januar gewesen, die Tat des Angeklagten entbehre also jedes politischen Charakters. Wäre sie aber politisch, so müsse sie erst recht milde beurteilt werden, da ja gerichtsnotorisch sei, daß, als die Polizei gegen die Demonstranten in der Nacht der Reichstagswahl vor dem Reichstanzlerpalast einschritt, dies von den vorgehenden Behörden gemißbilligt wurde. Er bittet, die Berufung zurückzuweisen.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Verweisung der Berufung auf Kosten der Staatskasse. Es sei festgestellt, daß der Angeklagte mehrfach Hurrarufe auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen ausgebracht und dadurch ungebührlichen Lärm verübt habe. Diese Hurraufe hätten das Publikum belästigt und die öffentliche Ruhe gestört. Es liege also der Tatbestand des § 300 Ziffer 11 (grober Unfug) vor. Aber der Angeklagte habe eben nichts weiter getan, als sich in der Menge zu bewegen und mit der Menge Hurra zu rufen, und deshalb sei das Strafmandat nicht zu niedrig. Es habe also bei einer Geldstrafe von 10 M. zu verbleiben.

Lichtbilder als Plakate.

Eine Polizeiverordnung für Posen bestimmt: „Öffentliche Anzeigen dürfen an öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen an feinen anderen Orten als an den dazu bestimmten Anschlagtafeln usw. angebracht werden.“ Es folgt eine Ausnahmsbestimmung über die Anzeigen von Grundbesitzern und Mietern, die deren eigene Geschäfte betreffen. Unter Bezugnahme auf die Verordnung wurde dem Unternehmer Hajozergewski die Aufstellung und Benutzung eines Lichtbildereklameapparates untersagt, durch den für Entgelt Reklameanzeigen von Geschäftsleuten auf einem Projektionsapparat geworfen werden sollten, der auf dem Dache eines Hauses aufgestellt war. — Beklwerden P. S. hatten keinen Erfolg und seine Klage wurde vom Oberverwaltungs-

gericht ebenfalls abgewiesen. Gründe: Die Art und Weise, wie Kläger Anzeigen zur Kenntnis des Publikums bringen wolle, unterfalle der an sich gültigen Polizeiverordnung. Solche projizierten Reklamen seien als Plakate anzusehen. Dieselben Momente, wie für andere Plakate, träfen auch zu bei dieser Art und Weise des Anschlagens. Aber selbst wenn man diese Auffassung nicht vertreten wolle, so wäre doch zweifellos, daß derartige Lichtbildereklamen zu sehr starken Störungen des öffentlichen Verkehrs führen könnten und daß demzufolge die Polizei auf Grund des § 6b des Polizeiverwaltungs-Gesetzes und § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts berechtigt sei, dagegen vorzugehen. Die Verfügung der Genehmigung sei gerechtfertigt.

Es bleibt also dabei: in Preußen ist die Polizei die Seele des Staates.

Vermischtes.

Eisenbahnkatastrophe in Belgien.

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe hat sich gestern in Belgien zugetragen. Der um 8 Uhr morgens von Antwerpen nach Brüssel abgegangene Zug fuhr, wie aus Antwerpen gemeldet wird, bei der Gemeinde Contich einem anderen Zug in die Flanke. 15 Personen wurden getötet und 33 verletzt.

Bei einem heftigen Gewitter wurden nach einer Meldung aus Sigmaringen in mehreren Häusern die Elektrizitätsmesser durch einschlagende Blitze getroffen.

Ueber einen tödlichen Erbsenunfall wird aus Datteln gemeldet: In der vergangenen Nacht rief auf der Zeche Emischer Lippe bei Reparaturarbeiten das Förderseil. Dem „Dattelner Anzeiger“ zufolge stürzten vier Arbeiter in die Tiefe. Sie waren sofort tot. Zwei von ihnen waren vollständig zermalmt.

Abzug eines Luftschiffes. Aus Manaus (Brasilien) wird gemeldet: Als gestern der Leutnant da Fonseca in Gegenwart des Kriegsministers mit seinem Luftschiff einen Aufstieg unternahm, rief, ehe das Signal dazu gegeben war, das Tau. Das Luftschiff erhob sich zu großer Höhe und stürzte dann herab. Der Leutnant wurde in der Gondel tot aufgefunden.

Einem gräßlichen Mord ist man, wie aus Gera gemeldet wird, in dem zeughen Orte Legau auf die Spur gekommen. Vorgestern abend wurde in dem sogenannten Krampfad bei Legau die Leiche des Dienstmädchens Olga Pohlmann gefunden. Nach der ganzen Sachlage und der darauf vorgenommenen Sektion der Leiche muß angenommen werden, daß die Pohlmann durch Schläge auf den Kopf und durch Würgen am Halse umgebracht und dann in den Teich geworfen wurde. Der Tat dringend verdächtig ist der Wirtschaftsgeselle Martin Wötcher, der in der Legauer Wähe beschäftigt war und mit der Pohlmann ein Liebesverhältnis unterhielt. Wötcher hat sich aus Legau entfernt. Die Staatsanwaltschaft erließ sofort einen Suchbefehl gegen Wötcher.

Starke Hitze herrscht, eine Meldung aus Rom zufolge, seit einigen Tagen in ganz Italien. Die Durchschnittstemperatur beträgt in Rom 30, in Caserta 31 und in Mailand 32 Grad im Schatten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Saal des Reichstags, 3. Stock, 3. Treppen, 3. Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchhändler und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bitte Jungen trage man in der Sprechstunde vor.

G. S. 100. Ja, aber der Frau steht das Vorkaufsrecht zu, sie kann sich eventuell an das Vormundschaftsgericht wenden. — J. W. 19.

1. Sie müssen von Ihrer Heimatsgemeinde in Bayern die Genehmigungsurkunde beibringen. Werden Sie bezogen ist das nicht erforderlich. Die Gebühren für die Genehmigungsurkunde sind verschiedenartig. — W. S. 26. Eine solche Genehmigung gibt es nicht. — G. S. 103. Verfügen Sie es mit Terminplan oder wenden Sie sich an einen Kammerverwalter. — S. 305. 1. Ja, das Gesetz ist an die Gerichtsstelle zu richten. 2. Nein. — S. 120. 1. Das hängt von der Höhe ab. Ist keine Höhe gestritten, so ist die geschiedliche Kündigungsfrist für ein Dienstverhältnis sechs Wochen zum Ende des Quartals, 2. Leber ja. — G. S. 99. Das ist möglich. Der Sohn soll sich an das Bezirksamt wenden. — Dessau. Die drei Richtigkeiten sind vorhanden. — G. S., Herrschaftstr. 30. Die Welt ist uns nicht unerreichlich. — Frau P. M. Wenn kein Testament gemacht wird, so erhält der Witwer $\frac{1}{2}$, die Kinder zusammen $\frac{1}{2}$, des Nachlasses. — S. 140. 1 und 2. Nein. 3. Nehmen Sie mit dem Vorstand der Kasse Rücksicht. Geben Sie die Arbeiter zur Disposition der Gewerkschaft nach deren Statut, so können Sie nicht Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse sein. — G. S. 10. Abschließender Teil II S. 227 finden Sie die Werten. — S. 100. 1. Sie müssen von Ihrer österreichischen Heimatsbehörde eine Genehmigung darüber beibringen, daß der Heirat nach vorherigem Gesetz Hindernisse nicht im Wege stehen. Wenden Sie sich an Ihren bisherigen Posthalter. 2. Nein, das würde unnötige Kosten machen. 3. Etwa 4 Wochen. — H. S. 111. Darüber sind die Gelehrten noch uneinig. — G. S. 27. Ja. — G. 106. Nein, das ist unzulässig. Der Betreffende müßte selbst um Konzeption eintreten. — G. S. 1. Ja. 2. und 3. Ohne genaue Kenntnis der Sachlage nicht zu beantworten. Die Betreffende erhält von dem ihr zugewiesenen Anwalt Befehl. — S. 2. 102. 1. Ein Widerspruch war nicht. Der Befehl entspricht dem Gesetz. 2. Ein eigenhändig geschriebenes und unterschriebenes und datiertes Testament genügt. Anfertigung und Beispiele für ein solches finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in der öffentlichen Bibliothek aus. — W. S. 8. Nein.

Witterungsübersicht vom 21. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C
Stuttgart	769.0	SW	1	heiter	13	Darmstadt	768.5	SW	2	heiter	8
Hamburg	767.0	SW	4	halb b.	13	Berlin	768.0	SW	3	heiter	9
Berlin	771.0	SW	3	heiter	14	Frankfurt	768.0	SW	1	wolkenl.	10
Frankfurt	765.0	SW	1	wolkenl.	17	München	765.0	SW	3	heiter	10
München	765.0	SW	3	heiter	19	Wien	767.0	SW	4	heiter	19

Wetterprognose für Freitag, den 22. Mai 1908.

Etwas wärmer, vielfach heiter, aber veränderlich, bei mäßigen (Ab)hagen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 5.	am 19. 5.	Wasserstand	am 20. 5.	am 19. 5.
Memel, Mühl	845	+27	Saale, Großh.	130	-6
Bregel, Jüterburg	213	-11	Qabel, Spandau	111	-1
Beichel, Jörn	232	-20	Qabel, Rathenow	138	-1
Oder, Rathow	167	-6	Spree, Spremberg	96	-2
Strofen	237	-16	Bestow	139	-1
Frankfurt	250	-12	Weser, Minden	16	-4
Weser, Minden	130	-6	Weser, Minden	96	-15
Weser, Barmberg	121	0	Rhein, Barmberg	549	-3
Weser, Barmberg	58	-1	Rhein, Barmberg	844	-7
Elbe, Lüttenberg	36	-5	Rhein, Barmberg	486	+85
Dresden	-66	-5	Rhein, Barmberg	94	-3
Saale	237	-12	Rhein, Barmberg	155	-6
Magdeburg	201	-16	Rhein, Barmberg	107	-15

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.

Um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, Hauptgeschäft Bahnhof Börse. Größte Hochseefischerei Deutschlands. 50 eigene Fischdampfer. — Eigene Kühlwaggons. — Seelisch-Kochbücher gratis.

Riesenfänge unserer Dampfer! Lebendfrische Ware! Billigste Preise!

Schellfisch . . 30 Pl.
Cabliau . . . 28 Pl.
Seelachs . . . 25 Pl.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.
Zentral-Fernsprecher Amt III, 8504.

Theater.
Freitag, den 22. Mat. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Königl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Königl. Schauspielhaus. Dr. Faust. Neues königl. Opernhaus. Pique Dame.
Anfang 8 Uhr.
Berliner Hofoper. Die Schöne. Deutsches. Die Räuber. Kammertheater. Die Räuber. Neues Schauspielhaus. Der verlorene Sohn. Kleines. 2 x 2 = 5. Romische Oper. Die verkaufte Braut. Meubens. Der Floh im Ohr. Festung. Der Raub der Sabinerinnen. Heibel. Cyprien. Lustspielhaus. Die blaue Maus. Schiller O. (Wagner-Theater). Der Widerspenstigen Zähmung. Schiller Charlottenburg. Der Weg zum Herzen. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Frei ist der Burisch. Käthe. Der Brandstifter. Wintergarten. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Dr. Rüdke. Gustav Behrens. Spezialitäten. Carl Overland. Spezialitäten.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: **Gopseurath's Erben**
Neues Theater. Abends 7^{1/2} Uhr:
Die Hemsöer. Sonnabend zum erstenmal: Die ersten Menschen. Sonntag: Die ersten Menschen.
Kleines Theater. Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5. Sonnabend: 2 mal 2 = 5. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein Theater Galle. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 Uhr: halbe Preise: **Die lustige Witwe.**
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Frei ist der Burisch. Sonnabend zum erstenmal: Ein weicher Röhrl. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Abends 8 Uhr: Im weichen Röhrl.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Lustspiel in fünf Aufzügen u. einem Vorspiel von William Shakespe. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hans Huckebach.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Traumulus.** Sonntag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.
Neues Operellen-Theater Schiffbauerdamm 28, an der Luisenbr. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Der Mann mit den drei Frauen.**
Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr. Schwanke in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus. Königsgraben
Heibel-Theater, Str. 67/68. Abends 8 Uhr:
Cyprien. Sonntag: Cyprien.
Passage-Panoptikum. Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora Das größte Riesenspiel Gesammtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher :: Kapit. Gröbl **Riesentamburin.** in seinem Neapolitanische-Briganta-Kapelle. Alles ohne Extra-Entree! Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: **Der Weg zum Herzen.** Lustspiel in 4 Akten u. 20 Rollen. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ohne Geld!** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Jungfrau v. Orleans.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Schmutzler.**
Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: **Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.**
ZOOLOGISCHER ZGARTEN Täglich:
Gr. Militär-Konzert. Eintritt 1 M., von abends 8 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren — die Hälfte. —
Kasino-Theater. Volklinger Straße 37. Täglich 8 Uhr: **Der uralische Mäher** und das erblühtige Mat-Programm. **Der Brandstifter.** Drama von H. Heijermans jr. Sonntag 4 Uhr: **Ein Dorfroman.**
Trianon-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Seine erste Frau.**

Luisen-Theater. Reichensberger Straße 11. Geschlossene Vereins-Vorstellung der Freien Volkshöhne. Abends 8 Uhr:
Mutter Erde. Sonnabend: Im Hause der Sünde. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Letzte Sonntagsvorstellung: Der Weg ins Verderben. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben. Montag ermäßigte Sommerpreise: Im Hause der Sünde.
BERNHARD ROSE THEATER Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr:
Die Loreley. Wochentagspreise. Auf der Sommerbühne: Theater-vorstellung. Spezialitäten, großes Gartenkonzert, Anfang 5 Uhr.
Theater an der Spree. Köpenicker Straße 68. Täglich 8 Uhr:
Der Cowboy.
APOLLO Theater 8 Uhr: Die bedeutendsten Attraktionen. 9 Uhr: Die süßen Girsetten. Operette von H. Reinhardt. 10 Uhr: Vert. Bernards Compagnie: **Ein Abend in einem amerikanischen Singel-Tempel.**

Metropol-Theater Zum 243. Male:
Das muß man seh'n. Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz. Anfang 8 Uhr. Kritiken gestattet.
Passage-Theater. Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rüdke Das Tagesgespräch Berlins!
W. Noacks Theater Direktion: Rob. Ost. Brunnenstr. 16. Heute: **Geschlossen.** Sonnabend: Extra-Vorstellung: **Durch Nacht zum Licht.** Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Volksgarten-Theater — am Bahnhof Gesundbrunnen. — **Konzert - Theater- und Spezialitäten-Vorstellung** Gustav Schappel — Hedwig Doring Julius Wilms, Bros Dorcas, Robin Trio. **Fidele Lumpen.** Pöse mit Ges. in 3 Akten v. Hoffmann.



Neues Programm. Otto Reutter.

Orford's Elephants.
Palace Girls, Englische Gesangs- und Tanztruppe.
Niards, Akrobaten.
Hagedorns Wundergrotte.
Lilli Schreiber, Soubrette.
Ferry Corwey, Musik. Clown.
Gayer und Crispi, Amerikanische Excentrics.
Perezoff-Truppe, Jongleurs.
Toque, der Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur.
Tambo and Tambo, Banjo-Jongleure.
Biograph.

Walhalla Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
 Abends 8 Uhr.

Die großartigen **Mal-Spezialitäten.**
Amüsantes Programm.

Im Tunnel:
KONZERTE.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
 Neu! Neu!
Variete-Sterne.
 Darsteller von Reijfel.
 Anfang Sonntag 8 Uhr.
 Anfang Sonntag 7 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15.
 Kräft. Leitung: Bernhard Lange.
 Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Mittwoch: Kinderfest.
 Jeden Donnerstag: **Stilfest.**
 Gastspiel bed. Kräfte erster Bühnen.

Sanssouci, Kottbuser

Strasse 6.
 Direktion: Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutscher Sängerkreis
 und **Tanzkränzchen**
 Beg. Sonnt. 5, wochentl. 8 U.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
 Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 24. Mai und Donnerstag, den 28. Mai
 Wegen wichtiger Parteiarbeiten fallen die Frühreisen am Sonntag aus.

1. Abt. nachm. 1 Uhr: Schönheide. Start: Bülowstraße 68.
2. Abt. nachm. 1 1/2 Uhr: Müritzen. Donnerstag früh 6 Uhr: Fürstentum. Nachm. 1 Uhr: Hefenwinkel. Start: Fontane-Bromenade.
3. Abt. nachm. 1 1/2 Uhr: Müritzen. Donnerstag früh 7 Uhr: Hohenbinde. Nachm. 2 Uhr: Johannisbad (Hindenburg). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. nachm. 1 Uhr: Falkenberg (Schöneberg). Donnerstag früh 7 Uhr: Herrentour nach Scharmhölzer. Nachmittags 2 Uhr: Friedrichshagen (Rantab). Start: Elysum.
5. Abt. nachm. 1 Uhr: Giesse (Gumlich). Donnerstag früh 6 Uhr: Fürstentum. Nachm. 1 Uhr: Schönewald (Schweizergarten). Start: Oberberger Straße 28.
6. Abt. nachm. 1 Uhr: Corinthe. Donnerstag nachm. 1 Uhr: Familien-tour nach Heiligensee (Südow). Start: Grenzstr. 21.
7. Abt. nachm. 1 1/2 Uhr: Falkenberg. Start: Kottbuser Straße 17.
8. Abt. nachm. 1 1/2 Uhr: Schönheide. Start: Schillingstr. 15/16.
9. Abt. nachm. 1 1/2 Uhr: Hefenwinkel. Donnerstag früh 7 Uhr: Neue Spinnmühle. Nachm. 1 1/2 Uhr: Düngriger Wald. Start: Lotzinger Straße 37.
- Motorfahrer. Früh 7 Uhr: Lindenwald. Start: Steuerhaus. Gäste willkommen.
- Fantomschönhausen früh 7 Uhr: Streifzüge durch den Grunewald. Donnerstag früh 6 Uhr: Rauen. Start: Wäldchenstraße (Bahndrücke).

Freitag, den 29. Mai: **Fahrtverstellung.** 11/14

Brunnen-Theater

Bathstraße 69. Direkt.: Bernh. Ross.

Die Falschmünzer.

Drama in 5 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Vorverkauf vom 10-2 Uhr.
 Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.



Gustav Behrens-Theater.
 Berlin W., Goltzstr. 9.

Des großen Erfolges wegen prolongiert die schöne Bühnenvorstellung mit ihren dreifachen Vären.
 Neu! Unsere Marine. Neu! Lebensbild mit Gesang und Tanz.
 Neu! Graf Zappelin mit seinem leibbaren Luftballon Robell 1909.
 Außerdem Duette Biograph und 20 Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Achtung! Interessenverein der Achtung!

Produktenhändler und -Händlerinnen Berlins und Umgegend.
 Freitag, den 22. Mai 1908, abends 9 Uhr, in den Vorussälen, Kiderstraße 6/7:

Oeffentliche Versammlung

aller Produktenhändler und -Händlerinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Gemeindevorordneten Denzer über: Die wirtschaftliche Krise und die Landtagswahl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Geschäftsliches. 257/14
 Zur Defung der Unkosten Zellerfassung. Der Vorstand.

Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten **Branchen-Versammlungen** 157/4

finden an nachfolgenden Tagen statt:
Geschirrbrennerei: Mittwoch, den 27. Mai 1908.
Treibriemenbranche: Montag, den 25. Mai 1908.
Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Mittwoch, den 27. Mai 1908.
Militärbranche: Sonnabend, den 23. Mai 1908.
Linoleumleger und Teppichnäher: Mittwoch, 27. Mai 1908.
Wagenbranche: fällt dieses Mal aus.
Eisenmöbel- u. Lederfußpolsterer: Mittwoch, den 27. Mai.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 25. Mai 1908.

Achtung! Die Kollegen der Reichsarbeiterschaft müssen vollständig in ihrer Branchenversammlung erscheinen, da sehr wichtige Fragen erledigt werden müssen. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(E. G. Nr. 2 Hamburg.) Ortsliche Verwaltung Berlin.
 Freitag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
 Abrechnung vom ersten Quartal 1908. Verschiedene Kasseeangelegenheiten. 259/6
 Der Vorstand. J. A.: Richard Schröder, O., Mühlstr. 7, d. IV.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sektion der Putzerträger.
 Montag, den 25. Mai, abends 8 Uhr:

Anßerordentl. Mitgliederversammlung

bei Obiglo, Schwedter Straße Nr. 23/24.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 30/15
 Da beim Punkt Verhandlungsangelegenheiten wichtige Sachen zu erledigen sind, ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen. Der Zweigvereinsvorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Charlottenburg

M. d. A.-R.-B. „Solidarität“.
 Sonntag, den 24. Mai, im Volkshause, Rosinenstr. 8:

Großes Sommer-Fest

Auftreten der Berliner Volkssänger-Gesellschaft Henry Balze und des Kraft- und Artistenklubs „Atlas“.
Großes Instrumental-Konzert, Tanz, Reigenfahren, Preisgelein, Kinderbelustigungen.
 Entree 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.
 Anfahrt vom Vereinslokal „Harnisch“, Windscheidstr. 25. Anf. 3 Uhr. Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

„Flora“ Spandau, Pflaßdorferstr. 39.

Sonntags **Gr. Ball.**
 Anfang 3 Uhr.
 Familien können Kasse losgen! Emil Koepnick. 62682

Kastanienwäldchen Schönholz

Jeden Sonntag: **Garten-Konzert** bei freiem Eintritt.
 Großer schattiger Garten. Zwei neue verdeckte Regalbahnen. Kaffeeküche.
 Im Parkett-Spiegel-Saal **Großer Ball** bei starkbesetztem Orchester.
 Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Lokalitäten, Saal mit Theaterbühne zu Sommerfestlichkeiten.

Allgemeiner sozialdemokratischer Wahlverein

Berlins und Umgegend.

Am Freitag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, in „Fröbels Allerlei-Theater“, Schönhauser Allee 148:

Versammlung.

Tages-Ordnung: **Die Landtagswahl und die Frauen.**
 Referent: Genosse Bartel.
 Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. 1/19*
 Genossinnen! Kommt zahlreich in diese Versammlung. Der Vorstand.

Holzbildhauer!

Montag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 5:

Branchen-Abend.

Tages-Ordnung:
Die Auslegung des Paragraph 16 unseres Stellenvermittlungsgesetzes.
 23/15 Die Agitationskommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1997.

Sonntag, den 24. Mai 1908, vormittags 9 1/2 Uhr:

Versammlung

der Eisen-, Metall- und Revolverdreher in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: Cromwell und die englische Revolution. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zur Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir vollständiges Erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 24. Mai 1908, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten **Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser** im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen C. Handt über: Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Recht zahlreicher Besuch wird erwartet.
 Der Landtagswahl und der Pfingstfeierlage wegen findet die Auszahlung der Krankunterstützung in folgender veränderter Weise statt:
 am Mittwoch, den 27. Mai, für Mittwoch und Donnerstag, am Montag, den 1. Juni, für Montag und Dienstag, am Dienstag, den 2. Juni, für Mittwoch und Donnerstag, **Mittwoch, den 3. Juni: geschlossen,** am Donnerstag, den 4. Juni, für Freitag und Sonnabend, am Freitag, den 5. Juni, für Montag, den 8. Juni, am Sonnabend, den 6. Juni, für Dienstag, den 9. Juni.
 Am Dienstag, den 9. Juni, bleibt die Krankenabteilung geschlossen.
 Die erste Auszahlung erfolgt am Mittwoch, den 10. Juni.
 Folgende Zahlstellen sind neu errichtet:
 G. Senkel, Gubener Straße 13,
 W. Rabe, Kungestraße 9,
 C. Schulze, Alte Jakobstraße 18/19,
 Preuß, Holzmarktstraße 65,
 H. Scheich, Neu-Hohenschönhausen, Berliner Straße 91,
 G. Schönefeld, Friedenau, Rheinstrasse 31.
 116/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in Boekers Festsälen, Weberstraße 17.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dentzer über: „Gewerkschaften und Landtagswahlen“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Die Branchenkommission.

Zentralverband der Glaser Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Achtung! Glaser!
 Sonnabend, den 23. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Oeffentliche Versammlung

aller Glaser Berlins und der Vororte.
 Tages-Ordnung:
 Referent: Kollege Zahn.
 Die Kollegen werden ersucht, sofort nach der Lohnzahlung zur Versammlung zu gehen. An die Bauarbeiter ergeht die Bitte, jeden Glaser auf die Versammlung aufmerksam zu machen. 72/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den **4. Berliner Reichstagswahlkreis**
 Görtzter Viertel (Bezirk 21.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauarbeiter

August Schulz

gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Nixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 218/70 Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Rixdorf.)

Todes-Anzeigen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Johann Radzimski** verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofs, Mariendorfer Weg, aus statt. 30/16

(Bezirk Süd-Ost.)
 Am Dienstag, den 19. Mai, verstarb unser langjähriger treuer Kollege

August Schulz.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands

Zahlstelle Lichtenberg.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Max Kemnitz

nach langer Krankheit am Mittwoch früh 4 Uhr verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Gemeindefriedhofs, Vormitzstraße, aus statt. 21796 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

August Tapper

gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 116/15 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden beim Hinscheiden meines lieben Vaters, des Tischlers

Gustav Sträubig

sage ich allen Freunden, Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank. 21806
 Amanda Sträubig und Kinder.

Erben gesucht.

Diejenigen, welche etwas über den Aufenthalt der Erben des am 19. Februar 1907 zu **Ladefopp**, Kreis Rauenburg, verstorbenen Fräuleins **Appollonia Zimmermann** (Widw.: die in Wartenburg Ostpr. am 6. Mai 1889 bzw. 27. September 1891 verstorbenen Straßenschilder Johann und Catharina geb. Engling-Zimmermann) oder über den Aufenthalt des im Jahre 1891 in Wartenburg Ostpr. und Trier aufhaltenden gemeinsamen Vaters **Paul Zimmermann** angegeben werden müssen, werden ersucht, dem Unterzeichneten nähere Mitteilungen zu machen.
 Der Nachlasspfleger:
 Markfeldt,
 Rechtsanwalt und Notar,
 Tiegenshof 20pr.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische Bedarfs-Artikel

Dr. G. Zumbach, Berlin N., Weinbergsweg 1.
 Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.